



die dazu dienen, sowohl bei politischen Spannungen und bei Aufständen der Einwohner eine Verständigung zwischen Mutter- und Tochterland zu ermöglichen, als auch dem Handel und Schifffahrt Schutz und Hilfe zu gewähren. Es muß dankend anerkannt werden, daß die Reichsverwaltung unablässig bemüht ist, den Fortschritten und Veränderungen zu folgen, welche die Verbesserung und Umgestaltung der Technik auf diesem Gebiet erfordern.

v. St.

## Das deutsch-englische Geschäft in Kleinasien.

Über die Aufteilung der kleinasischen Lütke in Interessensphären meldet der Londoner Korrespondent des „Echo de Paris“, der mit dem „Foreign Office“ Beziehungen hat und oft gut unterrichtet ist, seinem Blatt Einzelheiten, die sehr interessant und zum Teil neu sind: „Im Mai dieses Jahres hatten Haffi Pascha und Sir Edward Grey einen ersten Vertrag paraphiert, der unterzeichnet werden sollte, wenn die noch unerledigten Nebenfragen geregelt und die Veränderungen, die durch die schwedenden deutsch-englischen und türkisch-deutschen Verhandlungen vielleicht nötig werden könnten, vorgenommen wären. Dieser Tag scheint gekommen zu sein, wie aus den folgenden wichtigen Informationen aus Konstantinopel hervorgeht: Wie es im Mai vereinbart war, verbürgt die Hohe Pforte dem britischen Reich Gleichheit in der Behandlung aller Waren auf der Bagdadbahn, billigt ihm das Übergewicht in den Verwaltungen zu, die die Schifffahrt auf den mesopotamischen Flüssen organisieren sollen, und erkennt seine Sonderstellung am persischen Meerbusen sowie sein tatsächliches Protektorat über Noveit und andere kleine benachbarte Sultanate an. England dagegen willigt in einer Erhöhung des türkischen Zolls auf 15 Proz. Diesem Vertrag sind nun folgende bedeutsame Abmachungen angefügt worden: „Die englische Regierung erhält die Konzessionen aller Petroleumquellen Arabiens, Mesopotamiens und Syriens“. Über das Zugeständnis in Syrien, diesem wichtigen Punkt der französischen Orientpolitik, äußert der Korrespondent einige Zweifel, die aber viel an ihrem Wert verlieren, wenn man bedenkt, daß England den Quai d’Orsay zu dessen grohem Verdruß nie recht über seine Pläne in Kleinasien verständigt, geschweige denn mit ihm auf diesem Gebiet zusammen gearbeitet hat. Den Erwerb dieser Konzessionen kann man leicht mit der kürzlich von Churchill gehaltenen Rede in Verbindung bringen, worin er ankündigte, daß die neuen englischen Dreadnoughts mit Petroleum betrieben würden und worin er darauf hinwies, wie wichtig es für England sei, die Flotte mit dem nötigen Heilmaterial zu versorgen. Der Korrespondent des „Echo de Paris“ schreibt zu dieser türkisch-englischen Abmachung: „Diese Tatsache beweist, daß England trotz allem seine Macht im Mittelmeer behaupten will. Ich habe den Eindruck, daß England neuerdings gegenüber den Mittelmeeraufgaben eine energischere und entschiedenere Haltung als in den vergangenen Jahren angenommen hat.“

Der zweite Zusatz zu dem Vertrag erweitert die Grenzen Noveits nach Osten und nach Süden. Ferner wurde der Vertrag vom Mai dahin umgeändert, daß die Schifffahrt auf dem Euphrat und Tigris, die England zugesprochen war, auf eine internationale Gesellschaft übergeht, deren Kapital sich aus 50 englischen, 25 deutschen und 25 russischen Anteilen zusammensetzt. Der Korrespondent schreibt dazu: „In Wahrheit ist dies eine deutsch-englische Gesellschaft.“ Eine von Lord Iscahs geleitete Finanzgruppe repräsentiert die englischen Interessen. Deutschland verlangte diese Kompensation dafür, daß es an England zwei Sitze im Verwaltungsrat der Bagdadbahn abtrat, um jede Maßnahme ausschließen, die gegen das Prinzip der Gleichheit aller Waren verstößen könnte. Diese Einzelheiten geben ein ziemlich vollständiges Bild vom türkisch-englischen Vertrag. Er läßt sich dahin zusammenfassen, daß die deutschen Interessen sich um

besseren Fernrohres können jetzt die dunklen und hellen Flecke auf der Oberfläche des Planeten wahrnehmen. Am 15. Dezember findet eine Konjunktion des Mars mit dem Mond statt, bei der sich der Mond (am 18. Vollmond) nördlich an dem Planeten vorüberbewegt. — Jupiter geht im östlichen Teile des „Schützen“ beständig früher abends unter, ist nur noch kurze Zeit in der Dämmerung zu sehen und verschwindet gegen Monatsende gänzlich für das freie Auge. Sein Abstand wächst von 5.88 bis auf 8.07 Einheiten, und sein Scheibendurchmesser verkleinert sich von 34.1 bis auf 22.0. Am 1. und 29. Dezember hat der Mond mit Jupiter Konjunktion; beide Male steht der Mond südlich. — Saturn gelangt im Bilde des „Stiers“ am 7. Dezember in Opposition und Erdnähe, glänzt daher während der ganzen Nacht am Himmel. In seiner Erdnähe hat er einen Abstand von 8.06, am Schluß des Monats einen solchen von 8.14 Einheiten; sein Scheibendurchmesser verringert sich nur von 20.2 bis auf 20.0. Nahezu in voller Öffnung präsentiert sich sein Ringesystem, seine große Achse hat um Monatsmitte den Winkelwert 47°8', seine kleine Achse einen solchen von 21°2'. Saturnbeobachtungen mit besseren Fernrohren gewähren deshalb jetzt viel Erfolg. Am 18. Dezember tritt der Mond mit Saturn in Konjunktion, die Vollmondscheibe befindet sich dabei nördlich vom Saturn. — Uranus ist im Bilde des „Steinbocks“ nur noch schwierig zu beobachten. Sein Abstand nimmt von 29.38 bis auf 29.72 Einheiten zu, seine Scheibe hat nur einen Durchmesser von 4.4'. — Neptun dagegen sieht im Bilde des „Zwillinge“, südöstlich vom Mars, sehr günstig. Die genauen Orte des Neptun sind: Am 1. Dezember Rettigerzeit 7 h 59 m 10 s und Declination + 20° 8', am 31. Dezember Rettigerzeit 7 h 57 m und 10 s und Declination + 20° 16'. Sein Erdabstand vermindert sich von 29.34 bis auf 29.05 Erdabstandseinheiten; sein Durchmesser zeigt den geringen Wert von 2.6', als Scheibe erkennt man ihn nur in kräftigen Teleskopen.

Sternschauapparate bemerkt man in den Tagen vom 6. bis 18., vorwiegend vom 9. bis 12. Dezember zahlreicher

die Bagdadbahn gruppieren, während England sich am Persischen Golf und in Arabien festsetzt. Indem England nicht auf der Internationalisierung der letzten Strecke der Bagdadbahn bestand und dabei noch die Internationalisierung der mesopotamischen Schifffahrt zu gestehen hatte, hat es vielleicht in dem Gebiet am Euphrat und Tigris nicht die feste Stellung errungen, auf die es Anspruch machte.“

## Deutsches Reich.

\* Der Jagdausflug des Kaisers in Donaueschingen. Der Kaiser, der Fürst zu Hohenlohe und dessen Jagdgäste jagten gestern in dem Revier Unterholzental. Das Frühstück wurde dabei im Jagdschlößchen eingenommen.

\* Ein englischer Korb für den Kaiser. Aus London wird berichtet, daß vor einiger Zeit eine Einladung des Kaisers an Lord Northcliffe, den Eigentümer der „Times“, höflich und bestimmt abgelehnt wurde. Ein Freund des Lords sagte hinzu, daß es von deutscher Seite nicht klug gewesen sei, Northcliffe einzuladen, da man nicht vergessen dürfe, daß dieser auch der Inhaber der Pariser Ausgabe der deutschfeindlichen „Daily Mail“ ist und schon aus diesem Grunde nicht gut der Gast des deutschen Kaisers sein konnte.

\* Die Stand der Invalidenversicherung. Am 1. Januar 1914 werden voraussichtlich 1 056 153 Renten, und zwar 970 136 Invalidenrenten und 86 017 Altersrenten, laufen, wenn man den Zugang an Invalidenrenten im Jahre 1913 mit 125 000 und den Zugang an Altersrenten mit 12 800 annimmt. Von diesem Anfangsbestande werden nach den bisherigen Erfahrungen im Jahre 1914, und zwar durchschnittlich in der Mitte des Jahres, 105 761 Renten wegfallen, so daß vom Anfangsbestande 950 322 Renten verbleiben. Für das Jahr 1914 ist der Zugang an Invalidenrenten mit 127 000 und der Zugang an Altersrenten mit 18 100 angenommen worden, von dem 18 970 und 327, im ganzen also 14 297 Renten im Jahre 1914 wieder wegfallen, so daß sich der gesamte Rückzug auf 125 803 Renten stellt. Unter Grundlegung der bisherigen Erfahrungssätze für den Reichszuschuß (40 M. zu jeder neu zugehenden und am Jahresabschluß noch laufenden, 22 M. zu jeder neu zugehenden und am Jahresabschluß bereits weggefallenen Rente, 25 M. zu jeder im Laufe des Jahres aus dem Anfangsbestande weggefallenen Rente) wird der Reichszuschuß zu den am 1. Januar 1914 laufenden Renten (50 × 950 322) + (22 × 105 761) = 50 163 625 und zu den im Jahre 1914 neu hinzutretenden Renten (40 × 125 803) + (22 × 14 297) = 5 846 654 M. zu allen Invaliden- und Altersrenten daher 55 510 279 M. beitragen. Der Reichszuschuß zu den Invalidenrenten (§ 1255 Abs. 8 der Reichsversicherungsordnung) ist auf 960 000 M. zu veranschlagen.

\* Innere Kolonisation. Die Deutsche Gesellschaft für innere Kolonisation zu Berlin hat ihre Tätigkeit auf die Provinz Schlesien ausgedehnt. Nachdem sie zu Beginn des Herbstes durch Vermittlung der königlichen Generalkommission Dresden zunächst die Aufstellung des Dominiums Weißschöck im Kreise Dresden in Rentengüter übernommen hatte, hat sie jetzt auch die Rittergüter Oberheide, Kreis Siegnitz, Oberröhrsdorf, Kreis Steinau, und Kreis Riesa übernommen. Hier sollen zahlreiche Rentengüter begründet werden.

\* Zur Frage der staatlichen Wohnungsfürsorge. Einen ernsten Versuch mit der staatlichen Wohnungsfürsorge scheint jetzt die sächsische Regierung machen zu wollen. Kultusminister Dr. Beck teilte in einer Rede in der Dresdener Bürgerschule für Wohnungsfürsorge mit, daß die Regierung am Samstag einen Gesetzentwurf fertiggestellt habe, der die sächsische Landeskulturrentenbank mit Rechten und Mitteln ausstatten, die Wohnungsfürsorge und namentlich das Kleinwohnungswesen zu fördern.

\* Der 3. christlich-nationalen Arbeiters Kongress. In den fortgesetzten Beratungen des 3. deutschen Arbeiters Kongresses (vergl. Bericht in der gestrigen Morgen-Ausgabe) war wiederum eine große Reihe von Parlamentariern und anderen Ehrengästen anwesend. — In erster Stelle sprach Redakteur Jooss (M. Gladbach) über „Nationale Entwicklung und soziale Bewegung in Deutschland“. — Der Kongress behandelte in der Hauptsache das Thema „Die deutsche Sozialpolitik und ihre Gegner“. Der Referent, Reichstagabgeordneter Geissberts (M. Gladbach), legte seine Ausführungen in einer

als an anderen Tagen. Die Metorte dieses periodischen Schwarmes strahlen zumeist aus dem Bilde der „Zwillinge“ aus.

Der Fixsternum im entfaltet im Dezember eine großartige Pracht, die durch den wunderbaren Glanz der hellen Planeten noch wesentlich gefeiert wird. Durch Mondchein erleidet die Leuchtstärke der Gestirne während der Abendstunden nur in der ersten Monatshälfte Einschlag. Etwa um 10 Uhr sieht man die Milchstraße vom Ostnordosten emporsteigen, über den Zenit ziehen und im Westnordwesten wieder den Horizont erreichen. Den Südosten und Osten schmücken um diese Zeit die herrlichen sternbesäten Winterbilder „Orion“, „Großer Hund“ und „Kleiner Hund“, „Stier“, „Fuhrmann“ und „Zwillinge“ mit dem Saturn und Mars. Unweit des Zenits reihen sich nach Westen abwärts die Andromedasterne aneinander, im Nordosten funkeln die Sterne des „Großen Bären“ und im Nordwesten diejenigen der „Leiter“ und des „Schwans“. Überwältigend schön ist der Anblick um Mitternacht, wenn im Süden der Sirius mit dem Saturn und Mars, umgeben von einem Haare heller Sterne, ein Glanz wetteifert.

## Aus Kunst und Leben.

\* Eine Immunisierung gegen Tuberkulose? Vor einigen Tagen trat der bekannte Chirurg Professor Calmette, der Leiter des Instituts Pasteur in Lille, in einem offenen Schreiben an die französische Regierung mit einem Vorschlage hervor, der in der medizinischen Welt Frankreichs aus manigfachen Gründen lebhafte Aufsehen erregte. Der Forscher forderte die Regierung auf, der Wissenschaft eine tropische Insel und eine jährliche Subvention von 800 000 Franken zu Studien über die Tuberkulose zur Verfügung zu stellen, und sprach davon, daß dann so gut wie sicher in 10 Jahren ein wirklich wirksames Mittel zur Bekämpfung der Tuberkulose gefunden sein würde. Diese Zuversicht bei einem so vorsichtigen

Reihe von Zeitschriften nieder, die u. a. verlangen: Auflösung des deutschen Volkes über die Notwendigkeit und die Wirkungen der Versicherungsgesetzgebung, Stellungnahme der Regierung und der Parlamente gegen das scharchmächerische Treiben und die Einschränkung des Koalitionsrechts der Arbeiter, Stärkung der auf christlich-nationalen Boden stehenden Organisationen der Arbeiter und Angestellten. — Der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands hatte diese Zeitschriften durch eine Reihe von Spezialwürchen ergänzt, die sich namentlich auf die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit im Bergbau beziehen. — In einer kurzen Ansprache begrüßte sodann Gesselscha Geheimrat Prof. Dr. Adolf Wagner den Kongress, indem er betonte, daß gerade heutzutage auf sozialpolitischem Gebiete die Anstrengungen verdoppelt werden mühten, damit Deutschlands Stellung in der Welt aufrecht erhalten bleibe. — Nach einer kurzen Pause begründete Bieber (Duisburg) eine Resolution des christlichen Metallarbeiter-Verbandes, die verlangt, die Bundesstaatsverordnung, betreffend den Betrieb der Anlagen der Großseidenindustrie im Sinne eines besseren Arbeiterschutzes, zu erweitern. — Weitere Spezialwünsche liegen vor, die den Zentralverband christlicher Textilarbeiter, den Reichsverband der Gasthausgehilfen, den Zentralverband deutscher Militärhandwerker und -arbeiter, das Reichsbattall der Verbände der Beamten und Arbeiter staatlicher Verkehrsanstalten, den Zentralverband deutscher Eisenbahner, den Deutschen-nationale Handlungsgesellen-Verband und der Verband der Heimarbeiterinnen. — An die Referate schloß sich eine Diskussion. — Die Resolution Giesberts wurde mit großer Majorität angenommen; die Annahme der übrigen Resolutionen, welche die einzelnen Referenten vorgelegt hatten, erfolgte einstimmig. — Die Sitzung wurde mit geschäftlichen Mitteilungen geschlossen.

\* Zur Abwehr des amerikanischen Tabaktrustes hat die Handelskammer in Bonn folgende Entschließung gefaßt: Die Handelskammer erläutert in den Besprechungen des amerikanischen Tabaktrustes eine schwere Gefahr für die deutsche Tabakindustrie und den Tabakhandel. Sie spricht die Hoffnung aus, daß das tabakverbrauchende Publikum im eigenen Interesse dieser Gefahr durch den ausschließlichen Verbrauch nur trustfreier Fabrikate mit zu begegnen gewillt ist und erklärt gleichzeitig alle Schritte selbst unterstützen zu wollen, die geeignet sind, eine weitere Ausdehnung des amerikanischen Tabaktrustes zu verhindern.

## Heer und Flotte.

\* Befreiung der Offiziere des Beurlaubtenstandes von Kontrollversammlungen. Wie eine offiziöse Korrespondenz an zuständiger Stelle erfuhr, trägt man sich jetzt mit Erwägungen, eine Erleichterung der Teilnahme von Offizieren des Beurlaubtenstandes an den Kontrollversammlungen, die jährlich im Frühjahr und im Herbst stattfinden, einzutragen. Während bis jetzt nur in besonders wichtigen und dringenden Fällen von den Bezirkskommandos eine Befreiung dieser Offiziere von den Kontrollversammlungen gestattet wurde, soll dies nunmehr in erheblich größerem Umfang geschehen. Die Erwägungen hierüber sind jedoch noch nicht zum Abschluß gelangt.

Über äußere Aufschriften an Kasernen wird folgender Erlass des Kriegsministers vom „Armeeverordnungssatz“ veröffentlicht: Seine Majestät der Kaiser und König haben zu genehmigen geruht, daß an Kasernen deren Namen oder Truppenbezeichnungen anzubringen sind. Wird beabsichtigt, den Kasernen neue Namen beizulegen, so ist durch Vermittlung des Kriegsministeriums die Allerhöchste Genehmigung einzuholen. Im übrigen bestimmen die Generalkommandos die Bezeichnung der Kasernen mit schon gebräuchlichen Namen oder mit den Namen der die Kasernen bemühenden Truppenabteilungen. Für Aufschriften, die sich auf die Erbauungszeit beziehen, gilt Befr. 270 der Garnisonsgebäudeordnung. Die Auswahl der geeigneten Anbringungsstellen und Formen sowie der Ausführung ist Sache der Korpsintendanturen. Die Ausführung erfolgt unter Mitwirkung des Militärbauamtes. Die Kosten fallen bei Neubauten oder solchen gleich zu errichtenden Umbauten den Neubaufonds, im übrigen den beteiligten Bauwirtschaftsfonds zur Last. Zu Lasten der Fonds können aus diesem Anlaß vom Kriegsministerium nicht gewährt werden.

## Post und Eisenbahn.

\* Verbot der privaten drahtlosen Telegraphenanlagen. Nach Vorkommen aus neuerer Zeit zu schließen, scheint nicht allgemein bekannt zu sein, daß die Errichtung und der Betrieb jämmerlicher drahtloser Telegraphenanlagen (sowohl der lediglich zum Empfang bestimmten) nur mit Geneh-

igung und gründlichen Gelehrten mögliche ist. Die befordernden Gründe haben, und in Fachkreisen entstand die Vermutung, daß Calmette, der sich seit längerer Zeit mit dem Studium der Tuberkulose beschäftigt, zu öffentlich noch unbekannten Resultaten gelangt sein müsse, die so ermutigend und günstig verlaufen, daß der Appell an die Öffentlichkeit gerechtfertigt sei. Ein Mitarbeiter des „Gelair“ hat den Gelehrten ausgeschaut, und was er dabei erfuhr, scheint diese erfreuliche Annahme zu bestätigen. „In einer langen Reihe von Versuchen“, so erklärte der Forstler, „habe ich die entscheidenden Hinweise zu einem neuen Wege der Überimpfung gefunden. Es ist mit gelungen, Kühe und Ochsen, die ich nach meinem Verfahren vor 1½ Jahren impfte, gegen Tuberkulose zu immunisieren. Vierzig Stochte der Tuberkulose, die dem Futter der Tiere beigegeben wurden, rissen keinerlei Störungen im Organismus mehr heror, worauf ich dann überging, Kütturen lebender Vogelzellen den Tieren einzutropfen; der Erfolg blieb der gleiche. Hunderte von Millionen von Tuberkulosezellen wurden den Tieren in die Adern injiziert und von dem Kreislauf durch den ganzen Organismus geführt. Alle Versuchstiere zeigten sich vollkommen immun. Die letzten Untersuchungen bewiesen, daß die geimpften Tiere nicht die geringsten Spuren einer tuberkulösen Infektion aufwiesen trocken. Die Erfolge dieser massenhaften Zufuhr von Infektionsstoff. Die Erfolge dieser Versuche lassen einen Strahl schöner Hoffnung aufleuchten; aber jetzt kommt es darauf an, den Weg auf weiterer Basis zu beschreiten, denn die gelungenen Experimente genügen mir noch nicht, sie sind noch nicht abgeschlossen. In unseren Ställen wird es schwer, sich über die Dauer der Immunität der Kühe und Ochsen absolute Gewißheit zu verschaffen, während andererseits die Versuche an menschenähnlichen Affen in unserem feuchten und feuchten Klima nicht mit der wünschenswerten Genauigkeit ausgeführt werden können. Um diese Forschungen unter günstigen Umständen zu Ende führen zu können, wende ich mich“, so schloß Professor Calmette, „an die Förderer der Wissenschaft, auf daß sie mir Gelegenheit geben, das Werk zu vollenden.“

migung des Reichs zulässig ist. Dies gründet sich auf das Telegraphengesetz vom 6. April 1892 in Verbindung mit der Novelle vom 7. März 1908. Zu widerhandlungen gegen das Telegraphengesetz werden nach § 9 mit Geldstrafe bis zu 1000 R. oder mit Haft oder mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft. Außerdem werden nach § 11 die unbefugt errichteten oder betriebenen Anlagen außer Betrieb gelegt oder befeitigt. Wer also ohne Genehmigung des Reiches eine Station für drahtlose Telegraphie errichtet oder betreibt, steht sich einer empfindlichen Bestrafung aus.

#### Deutsche Schutzgebiete.

Geplante Gründung einer Genossenschaftsbank in Deutsch-Südwest. Aus Omaruru, 20. November, wird gemeldet: Die Frage der Gründung einer Genossenschaftsbank im Norden ist am 27. November in einer stark besuchten Versammlung eingehend erörtert und gelaufen worden. Der Gouverneur, ebenso Bankdirektor Freseius beteiligten sich an der Besprechung. Die Stimmen sind der Gründung günstig. Eine Kommission ist mit der Ausarbeitung einer Denkschrift beauftragt worden. Die Unterstützung der Landwirtschaftsbank ist zu annehmbarer Bedingungen gesichert.

Ein Europäerkrankenhaus im Kameruner Urwald. Der Neubau des Europäerkrankenhauses in Yaunde im Kameruner Urwald ist soweit vollendet, daß das Krankenhaus am 20. Oktober mit zwei Krankenzimmern in Betrieb genommen werden konnte. Das neue Krankenhaus ist auch mit einem Operations- und einem Untersuchungsraum ausgestattet.

#### Ausland.

##### Belgien.

Eine sensationelle Schwindelkonzeßion. Brüssel, 2. Dezember. Eine Affäre, die geeignet ist, daß größte Aufsehen zu erregen, wird hier bekannt. Der frühere Minister des Ackerbaus und der öffentlichen Arbeiten, Hellerutte, und sein Schwager, der Präsident der Stämmer, Schollaert, erhielten eine Grubenkonzeßion über 4000 Hektar zugeteilt. Als einzige Begründung für diese Konzeßion konnten sie vorbringen, daß sie einen Acker von 50 Hektar besitzen. Der Kammer ist in dieser Angelegenheit bereits eine Interpellation zugegangen, und man erwartet bei Bevorschlag derselben erregte Debatten.

##### England.

Schwere Arbeiterunruhen in Dublin. London, 1. Dezember. Die Aufrégung über die zahlreichen Arbeiterunruhen in Dublin wächst tagtäglich. Am Sonntag bildete sich ein großer Zug von Ausländern, der durch die Straßen der Stadt zog. Als der Demonstrant ein Straßenbahnenwagen begegnete, stießen die Ausländer sofort über den Wagen her und zertrümmerten alles, was nicht niet- und nagelfest war. Sie misshandelten auch den Führer des Wagens, der so schwer verletzt wurde, daß ihn die Polizei, als sie ihn endlich aus den Händen der Ausländer befreit hatte, ins Krankenhaus bringen mußte.

##### Rußland.

Die Rückkehr der Zarenfamilie nach Jarskoje-Selo. Unser Petersburger Mitarbeiter schreibt uns: Da der Großfürst Kronfolger gefundheitlich bereits sehr große Fortschritte gemacht hat, in der Krim aber ein sehr unfröhliches Wetter herrscht, sind die bisherigen Absichten der Zarenfamilie (Verbleiben der Kaiserin in der Krim) fallen gelassen worden. Die gesamte Zarenfamilie begibt sich nach Jarskoje-Selo und trifft am 28. Dezember dort ein. Die Kaiserin Witwe Maria Feodorowna trifft am 25. Dezember in Petersburg ein. Am 7. Januar, dem russischen Weihnachtstage, wird die ganze Kaiserfamilie in Jarskoje-Selo versammelt sein.

##### Bulgarien.

Die innere Lage. Sofia, 1. Dezember. Die Wahlbewegung nimmt einen ruhigen Verlauf. Die russischen Wähler halten sich auffallend zurück mit ihren Auslassungen. Die Partei Danew wird überall von den Wählern boykottiert. Gestern konnten Danew in Mezdra und ebenso der frühere Minister Christow die beabsichtigten Wahlsreden nicht halten, weil keine Zuhörer erschienen waren.

##### Türkei.

Die höchste Auszeichnung für den Großwesir. Konstantinopol, 2. Dezember. Der Sultan hat dem Großwesir im Anerkennung seiner Verdienste, seiner Leistungen und seines Patriotismus die Brillanten des Amthos-Ordens verliehen. Es ist die höchste Auszeichnung, die an nicht gekrönte Häupter verliehen werden kann. Gleichzeitig richtete der Sultan an den Großwesir ein äußerst schmeichelhaftes Schreiben.

Eine Sparmaßnahmen. Konstantinopol, 1. Dezember. Die Pforte plant, durch Rücksichtnahme einer Anzahl Beamtenposten und Herabsetzung der Beamtengehälter um 15 Proz. das Staatsbudget monatlich um etwa 250 000 Pfund zu verringern.

Das Agrément für den griechischen Gesandten erteilt. Konstantinopol, 2. Dezember. Die Pforte hat dem griechischen Minister des Äußern Vassilis das Agrément als griechischen Gesandten in Konstantinopol erteilt.

##### Afrika.

Die spanischen Kämpfe in Marokko. Ceuta, 1. Dezember. (Amtliche Meldung.) Die Kolonne Arraia hatte ein lang andauerndes Feuergefecht mit feindlichen Truppen, die sich angemeldet hatten. Der Feind erlitt schwere Verluste und zog sich zurück. Die Batterien von Ceuta und Colorado unterstützten die Spanier, von denen drei Sergeanten und 12 Mann getötet und 15 Mann verwundet wurden.

##### Nordamerika.

Ein Weltfriedensvorschlag eines Kongreßmitgliedes. Washington, 1. Dezember. Das Mitglied des Kongresses Gray brachte eine Gesetzesvorlage ein, die den Präsidenten ersucht, Delegationen der Par-

lamente aller Nationen zu einer internationalen Konferenz in Washington für den nächsten Herbst einzuladen. Der Zweck der Konferenz soll sein, eine Einigung hinsichtlich des Planes einer Abföhrung und der sofortigen Einstellung des Kriegsschiffboots herbeizuführen.

#### Luftfahrt.

Leuchtfieber für Luftschiffer. Die "Beleuchtung" des deutschen Binnenlandes nimmt erfreulich zu. So hat die Stadt Bonn vor kurzem ein elektrisches, feststehendes Leuchtfieber aufstellen lassen. Ein Leuchtfieber gleichen Typs gelangt in den nächsten Tagen auf dem Flugplatz Gotha zur Ausstellung. Beide Feuer sind von der Berlin-Anhaltischen Maschinenbau-A.G. gefertigt.

Ein neuer Flugrekord. Paris, 1. Dezember. Gestern stellte Tissandier mit einem Gleitboot einen neuen Weltrekord auf, indem er 94,263 Kilometer in der Stunde zurücklegte.

#### Aus Stadt und Land.

##### Wiesbadener Nachrichten.

Die Stadtverordneten sind auf Freitag, den 6. Dezember 1. L. nachmittags 4 Uhr, in den Bürgersaal des Rathauses zur Sitzung mit folgender Tagesordnung eingeladen: 1. Projekt für den Neubau des Pavillons 3 des städtischen Krankenhauses. Ver. Bau-A. 2. Desgleichen bez. die Errichtung eines Neubaus an der Beaute. Ver. Bau-A. 3. Desgleichen für Unterstellung des Wasch- und Baderaums in dem Kanalbauhofgelände an der Scharnhorststraße. Ver. Bau-A. 4. Bewilligung von 7330 R. für Innenausbau von Kellerräumen im Rathaus für Bureauwände und zur Beschaffung von Mobiliar für die neu eingerichteten Bureauräume der Steuerverwaltung. Ver. Bau-A. 5. Desgleichen von 2070 R. für Umpflasterung des Hoses, Entwässerung der Stalle, Herstellung einer Abwasseranlage in dem Kasaneriegebäude. Ver. Bau-A. 6. Desgleichen von 1900 R. für Instandsetzung einiger Räume im Hotel Schürenhof. Ver. Bau-A. 7. Schlachtabrechnung für den Kurhaus-Neubau. Ver. Bau-A. 8. Bewilligung eines weiteren Zuflusses von 4000 R. an das Arbeitsamt für das Jahr 1913/14. Ver. Fin.-A. 9. Anlauf eines Biefgrundhofs im Distrikt "Rabengrund". Gemäßigung Sonnenberg. Ver. Fin.-A. 10. Feststellung und Annahme der Jahresrechnungen der Haupt- und der Krankenhausverwaltung für das Rechnungsjahr 1911. Ver. Rechn.-Pr.-A. 11. Rücklinienplan über die Verlegung einer Verbindungsstraße zwischen Belle-Alliancestraße und Bahnhofstraße. 12. Desgleichen über die Verschärfung des nördlichen Vorgartens der Magdeburgstraße zwischen Krieger- und Odenwaldstraße.

Stadtanschluß. Vorschender: Beigeordneter Körner; Beißher: Stadtrat Burau und Stadtrat Kimmel. Der Besitzer des "Hotels Wilhelma", Sonnenberger Straße 2, möchte seinen Gästen Gelegenheit bieten, im Vorgarten seines Hotels den Kaffee usw. einzunehmen und dabei zugleich das Stadtbild in sich aufzunehmen. Er sucht daher um die Genehmigung zum Gastronomiebetrieb in diesem Vorgarten nach.

Die Polizei hat sich der Konsequenzen wegen gegen die Gemeinde für die Errichtung der Konzeßion ausgesprochen. Gestern wurde die nachgelagerte Erlaubnis erteilt für den sich bis zu 4 Meter von der Straßenfluchtlinie der Sonnenberger Straße hinziehenden Streifen. — Der Restaurateur Franz Ledebogen in der "Walhalla" ist um die Erlaubnis zur Aufführung von Singspielen eingekommen. Weil in dem Termin der Antragsteller nicht anwesend oder vertreten war, lehnt das Gericht auf sich beruhend ab. — Der Restaurateur Nikolaus Kopp betreibt seit 17 Jahren in der Wallmühlstraße eine Wirtschaft. Er besitzt außer für die in Frage kommenden geschlossenen Räumlichkeiten die Konzession noch für einen hinter dem Hause gelegenen Garten. Während jedoch hier die Wirtschaft nie ausgeübt worden ist, wurde sie bisher unbewohnt betrieben auf einem mit wildem Wein überdeckten Gelände an der oberen Seite des Hauses. In der letzten Zeit ist dies behördlich bemerkt worden, und Kopp bittet, indem er auf die Konzeßion in dem Gelände hinter dem Hause verzichtet, um die Ausdehnung der Schankeraubnis auf das Nebengelände. Die Polizeiverwaltung bekämpft die Gemeindebehörde unterstellt das Geschäft, und dem Gericht wird willhabt. — Der Weinhändler Heinr. Müller, Nerostraße 41, beklagt sich darüber, daß die Wirtschaftsverhältnisse in Wiesbaden immer schlechter würden und bittet daher um die Ausdehnung seiner Konzeßion auf den Ausschank von Bier und besserem Bier. Die Polizeibehörde unterstellt, die Gemeindebehörde bagegen bekämpft das Geschäft, dem Antrag aber wird entsprochen. — Im weiteren liegen neun Anträge der städtischen Armenversorgung vor, Personen, welche, obwohl sie in der Lage sind, Hilfsbedürftige zu unterstützen oder zu unterhalten, das zuungunsten der Stadt nicht tun, in ein Arbeitshaus einzuziehen. Es handelt sich dabei um von der Stadt aufgewandte Beträge in Höhe von 700 R. und mehr. Die Anträge richten sich gegen 9 Personen. Im allgemeinen können mit den Beteiligten Vereinbarungen ausgestanden werden, wonach sie in der Folge einen laufenden Zufluss zu dem Aufwand der Armenverwaltung zuzuzahlen sich verpflichten, und deshalb zunächst das Verfahren in der Schwebe bleibt. Nur in zwei Fällen wurde dem Antrag auf ihre Unterbringung im Arbeitshaus entsprochen.

Zur bevorstehenden Stadtverordneten-Wahl. Die Stadtverordneten-Stimmbücher A. Klasse am kommenden Montag zwischen den vier sozialdemokratischen Kandidaten wird sich ähnlich einfach abspielen, nachdem von den Mitgliedern des Parteivorstandes die Unterstützung derjenigen beiden Kandidaten beschlossen worden ist, welche bei der Hauptwahl die größte Stimmenzahl auf sich vereinigt haben. Es sind das bekanntlich der Stadtvorordnete Gerhardi und der Arbeitersprecher Müller.

Moderne elektrische Beleuchtung durch hochwertige Metallfadenlampen. Fortgeschritte Perioden haben ergeben, daß durch Erhöhung der Temperatur des Metallfadens in den Glühlampen die Ausnutzung der elektrischen Energie verbessert werden kann. Die höhere Temperatur des Fadens hat noch den weiteren Vorteil, daß das Glühlampe die ihm sonst eigene gelbliche Farbe verliert und eine mehr rein weiße Farbe annimmt, die dem Tageslicht fast gleichkommt. Während bei den früher gebrauchten Kohlenfaden-Glühlampen der Wattverbrauch 3,5 Watt pro Normalfesse betrug, sank er

nach Einführung der Metallfadenlampe auf 1,1 Watt pro Normalfesse bei Lampen von 16 bis 100 Normalfessen und auf 1 bis 0,8 Watt pro Normalfesse bei Lampen von 200 bis 1000 Normalfessen. Die neuzeitige Metallfadenlampe, die in Stärken von 600, 1000, 1500, 2000 und 3000 Normalfessen hergestellt wird, weist sogar nur einen Wattverbrauch von 0,5 Watt pro Normalfesse auf. Die Fortschritte in der elektrischen Beleuchtungstechnik werden am besten durch folgenden praktischen Vergleich dargestellt: Früher, bei Verwendung der Kohlenfadenlampe, erhielt man für 1 Kilowattstunde Strom nur 285 Kerzenstunden, während man heute bei Verwendung der erwähnten Metallfadenlampe für dieselbe Strommenge, also 1 Kilowattstunde, 2000 Kerzenstunden erhält. Um die Leistungskraft der neuzeitigen Metallfadenlampe dem Publikum vor Augen zu führen, hat das heimische Städtische Elektrizitätswerk im Hause Ecke Neugasse und Marktstraße (in dessen 1. Stockwerk sich seine Büros befinden) 7 Stück 1000fache Metallfadenlampen angebracht, die jeden Abend von eintretender Dunkelheit an bis 8 Uhr brennen. Viele weitere Auskünfte über Beleuchtungsfragen wird im Bureau des Elektrizitätswerks, Neugasse 20, 1, sowie bei den konzessionierten Installationsfirmen (Verzeichnis derselben beim Elektrizitätswerk erhältlich) entgegenschreiten.

Jugendspiele. Als im Januar 1911 der bekannte erste Jugendspieleverein eröffnet, fiel es in den Frauenkreisen auf, daß der Mädchen darin so gar nicht gedacht war. Heute aber weiß man, daß die Regierung kennt, was nötigt. Ein Erlass des Kultusministers vom 30. April d. J. befiehlt: "Wer ein körperlich und fülllich starles, gottesfürchtiges, königs- und vaterlandstreues Geschlecht heranzubilden will, muß auch dafür sorgen helfen, daß die weibliche Jugend an Leib und Seele gesund, innerlich gesetzigt und mit dem Wissen und Können ausgerüstet wird, das für ihren zukünftigen Beruf als Geschäftsmänner des Mannes, als Erzieherinnen der Kinder, als Pflegerinnen des Familienglücks, als Trägerinnen und Hüterinnen guter Sitte unentbehrlich ist." Und weiter heißt es in dem Erlass: "Die Pflege der Schulklasse, den weiblichen Jugend soll nunmehr in gleicher Weise gefordert werden, wie sie durch den Erlass vom 18. Januar 1911 für die männliche Jugend in die Wege geleitet ist." Für die meisten jungen Mädchen, besonders aber für diejenigen, die wenig körperliche Bewegung haben, ist eine ihrer Eigenart angepaßte Körperpflege durch Belehrung und angemessene Übung erforderlich. Hierfür kommen je nach Bedürfnis und Gelegenheit Turnen, Bewegungsspiele in frischer Luft, Baden, Schwimmen, Wandern, auch Garten- und Blumenpflege in Frage. Noch mehr als bei der männlichen Jugend ist bei der weiblichen die Einrichtung von geeigneten Räumen verschiedener Art vorzusehen für das Gediehen der Jugendpflege." Der im Juli 1912 gegründete "Wiesbadener Fabrikarbeiterinnen-Verein" hat sich die Aufgabe gestellt, im Sinne dieses Erlasses für die weibliche Jugend zu wirken. Er wendet sich unterschiedlos an alle Stände und Konfessionen und ruft die Mädchen von 12 bis 18 Jahren zu Spiel und Wandern, zu Gartenarbeit, Musik und Gesang zusammen. Die Mädchen selbst bezahlen nur den Betrag ihrer Unfallversicherung (20 Pf. im Jahr) und tragen die gelegentlichen kleinen Kosten der Wanderungen selbst. Über zur Aufschaffung der nötigen Ausstattungen ist der Verein auf die Beiträge warmherziger Freunde der Jugend angewiesen, die die Vorständin Frau Bertha Riedel, Adelheidstraße 70, und die Kassenführerin Frau Dr. Allegander, Herrngartenstraße 10, gerne entgegennehmen wollen.

Abendmarkt und Straßenbahn. Wie in den Vorjahren, so läuft die Betriebsverwaltung der Straßenbahn auch dieses Jahr wieder an den Andreaskirchtagen direkte Wagen vom Hochbrunnen durch die Wilhelmstraße, Rheinstraße, Bischofsstraße und Seerobenstraße bis Bahnhofstraße und umgekehrt verkehren. Die Wagen verkehren von 10 Uhr 2 Min. vorm. bis 2 Uhr 20 Min. ab Hochbrunnen alle 7½ Minuten und von da ab bis 8 Uhr 40 Min. alle 5 Minuten, und dann alle 7½ Minuten bis 10 Uhr 10 Min. abends. Umgekehrt verkehren die Wagen ab Emser Straße: von 10 Uhr 10 Min. alle 7½ Minuten bis 2 Uhr 42 Min., dann alle 5 Minuten bis 8 Uhr 57 Min., dann alle 7½ Minuten bis 10 Uhr 34 Min. abends. Die Wagen tragen Tafelschilder mit der Aufschrift: "Andreaskirch", bzw. "Hochbrunnen". Der Fahrpreis beträgt die Strecke Hochbrunnen-Andreaskirch 10 Pf. Auf der Linie 4, "Hauptbahnhof-Ring-Emser Straße", werden die Wagen nach Bedarf vermehrt; das gleiche geschieht auf den anderen Linien.

Unsäuberer Wettkampf. Gegen einen hiesigen Friesen war von der Juning ein Bißspiel geplant worden, weil er in der Lokalpresse la Saare zu minimalen Preisen ausbot, während es sich, wie festgestellt wurde, bei den von ihm verkauften Haaren um minderwertige Ware (Chinesenhaare) handelte. Der Prozeß hat lange vor den hiesigen Gerichten gefordert, in der letzten Zeit aber ist es zwischen den Prozeßparteien zu einer Einigung gekommen, durch welche die Sache aus der Welt geschafft ist.

Preußisch-Süddutsche Klasselotterie. In der gestrigen Nachmittagsziehung fiel ein Gewinn von 10 000 R. auf die Nr. 168 014; 5000 R. auf die Nummer 58 878, 165 206; 3600 R. auf die Nummer 2214, 11 145, 11 182, 13 007, 15 004, 21 888, 25 890, 29 248, 36 936, 40 512, 53 984, 63 787, 76 828, 88 298, 100 888, 101 988, 110 411, 111 771, 117 094, 144 503, 145 908, 153 798, 157 543, 163 250, 169 568, 170 232, 172 687, 186 404, 200 288, 212 904, 213 798, 221 788, 224 012, 229 702. (Ohne Gewähr.)

Personal-Nachrichten. Die Referendare Scheilus und Dr. Öster bei von hier haben die große juristische Staatsprüfung bestanden, sind zu Gerichtsassessoren ernannt und als solche dem Amtsgericht in St. Goarshausen resp. Langenbachswald beigegeben worden. — Der Amtsgericht St. Goar ist an das hiesige Landgericht verlegt. — Die Bibliothekarinnen Otto und Sophie sind zu außerordentlichen Bibliotheksberatern bei der Vermögens-Commission Wiesbaden (Stadtteil) ernannt worden.

Güterrechtsberater. Die Schule Bürger und Wilhelm, geb. Reiff, in Biedenkopf, 1. Ab. haben Güterrechtsberater vereinbart.

Meine Notizen. Die Volkslesehalle (Hellmundstraße 45, 1) ist im Monat November von 4067 Besuchern und 628 Leserinnen besucht worden.

#### Theater, Kunst, Vorträge.

Hedden-Theater. Für Dezember ist ein abwechslungsreicher Spielplan zusammengestellt. Am Samstag, nachmittags 1½ Uhr, ist die Uraufführung des neuen Werkes unter einem unbekannten Dichter "Wilhelm Löbel". Das Stück mit Liedern, ein deutsches Wald- und Weihnachtsspiel mit Gesang und Tanz in 4 Bildern. Musik von Otto Höfer. Diese Vorstellung wird an jedem Mittwoch und Samstagabend im November wiederholt. Samstagabend ist die Erstaufführung des Schauspiels "Frau Julia's Untreue" von Otto Antes. Der Verfaßter ist ebenfalls ein Kind des Kaiserreichs.

8. Sammertreibabend am Donnerstag, den 11., bringt August Strindberg's "Der Vater", die Titelfigur spielt Max Böhme als Vater. Eine angenehme neue Einrichtung dürfte das allmonatlich in Aussicht genommene Gastrspiel eines Operetten-Ensembles sein, das erste ist für Montag, den 15., angekündigt. Am Mittwoch, den 17., und Donnerstag, den 18., findet ein Doppelkonzert Friedrich Kuschler und Helene Schröder statt, und zwar gelangt am Mittwoch über unsere Kraft", 1. Teil, von Björnson, und am Donnerstag "Der Skandal" von Bataille zur Aufführung.

\* Orgelkonzert in der Marktkirche. Das Orgelkonzert vom vergangenen Mittwoch brachte uns die selten gehörte Tenorarie aus der "Schöpfung" von Händel: "Mit Werd" und "Hobet angelie", das Vaterunser des vielgeliebten Bungert. Beide Kompositionen wurden durch Emil Nouaille mit Verständnis und flauschiger Tenorstimme interpretiert. Anna Baum zeigte sich in der Wiedergabe des Adagio aus dem "Mollkonzert" von Bruch als eine sehr begabte Sängerin, zusammen mit dem Kammervirtuosen G. Lüdke brachte sie das berühmte Adagio aus dem Doppelkonzert von Bach in eindrücklicher Weise zu Gehör. Friedrich Petersen spielte auf der Orgel das Thourabspiel zu "Wacht auf" von Bach sowie Satz 2 aus der C-Moll Sonate von Bruch. - Im heutigen Orgelkonzert wird die Mitwirkung des Volksorchester besonders interessieren, bestehend aus den Damen M. Strein-Windler, Else Koch sowie den Herren Josef Gerharts und Albert Seibert. Das Quartett wird vorstehen: zwei Säbe aus dem Roerischen Requiem sowie die selten gehörten Kompositionen von Hugo Wolf, Mendelssohn und Hermann. Die Ausführung der Drei-Pf. liegt wie stets bei Friedrich Petersen. Das Konzert findet wie immer am Mittwoch von 6 bis 7 Uhr in der Marktkirche bei freiem Eintritt statt.

\* Vorträge. Während an den beiden ersten Vortragabenden der Freien evangelischen Vereinigung das Verhältnis des Freien Protestantismus zu anderen Rüstungsverbänden der Regenstauf der Verbundslinie war, wird der nächste Vortrag heute Mittwoch, den 8. Dezember, abends 8½ Uhr, im großen Saale der "Marktkirche" die Frage der Organisation der Gemeinde und ihrer Lebensbedeutung erörtern. Pfarrer Wedmann hält den Vortrag. Nach dem Vortrag findet freie Ausprobung statt.

#### Vereins-Nachrichten.

\* Eine Mitgliederversammlung des "Frauenvereins der Lutherkirchengemeinde" findet heute abend 8 Uhr im Konfirmandensaal 2 der Lutherkirche statt.

#### Aus dem Landkreis Wiesbaden.

The völige Sonntagssruhe.

-o- Viebisch, 2. Dezember. Die "Soziale Arbeitsgemeinschaft der Kaufmännischen Verbände", Ortsgruppe Viebisch, hatte ihre Mitglieder und Interessenten, Bringipole, Ladeninhaber, Pfarrer, Arzte, fast alle, die in irgend einer Weise dem Gesetzentwurf über "Sonntagsruhe" nahestehen, zu einer öffentlichen Versammlung auf gestern abend in den "Schuhhof" eingeladen. Die Versammlung war gut besucht. Der neue Gesetzentwurf ist in Aussicht, aber er entpricht nicht den Hoffnungen der beteiligten Berufskreise. Der Verein hatte sich einen sehr temperamentvollen Redner in Herrn Wilhelm Eich aus Frankfurt verschrieben. Der Vortragende führte aus, daß die Arbeit des Kaufmanns von heute eine so aufreibende in körperlicher und geistiger Hinsicht ist, daß eine Arbeitswoche von 6 Tagen alle Kräfte restlos in Anspruch nimmt. Das Bestreben der großen Vereinigung geht deshalb darauf hin, volle Sonntagssruhe im Handelsbetriebe einzuführen. Das im Entwurf vorhandene Gesetz macht wieder Ausnahmen. Zu gewissen Zeiten, in gewissen Städten, in der Nähe von Landorten, bei Festlichkeiten, bei Gewerben mit leicht verderblicher Ware, mit Schnurartikeln, Zigarren usw. will es wieder eine Ausnahme machen. Der Redner wandte sich gegen jede Ausnahme. Eine ganze Anzahl von Städten hat die volle Sonntagssruhe eingeführt. Der Vorteil des Sonntagsverkaufs deckt die aufzuwendenden Kosten an Personal, Licht, Heuer usw. nicht. Der Vortrag fand vollen Beifall. Es trat darauf eine rege Diskussion ein. Herr Kaufmann Kallenbeck, der Leiter der hiesigen Ortsgruppe der sozialen Arbeitsgemeinschaft, dankte zum Schlus dem Redner und knüpfte daran die Erwartung, daß der Gesetzentwurf über die Sonntagssruhe noch manche Verbesserungen im Sinne der heutigen Ausführungen bringen werde.

\*

= Ordensverschreibungen. Polizeibeamter Martin Hinow zu Diederbergen erhielt das Allgemeine Ehrenzeichen.

- Dohheim, 2. Dezember. Dieser Tage fand durch den Kreisbrandmeister Horreich von Bierstadt die Besichtigung der hiesigen freiwilligen- und Pflichtfeuerwehr statt. - Den Feiern der diesjährigen größeren Veranstaltungen eröffnete der Gesangverein "Diederblüte" mit einem Konzert am nächsten Sonntag in der Turnhalle. - we. Vorgestern fanden daher die Wahlen für den Vorstand der am 1. Januar zu errichtenden Allgemeinen Ortsfrankensäule Schierstein statt. Zu Vertretern der Arbeitgeber wurden gewählt: Buchdruckereibesitzer Phil. Dembach (Dohheim), Kaufmann Daniel Stahn (Schierstein), Wasserhändler Phil. Schäfer (Schierstein), zu Vertretern der Versicherungen: Schreiner Albert Richter (Dohheim), Kaufmann Fritz Wehner (Schierstein), Lagerhalter Herm. Bergmann (Schierstein), Lagerhalter Karl Huthmann (Reichenstein), Aufseher Franz Specher (Dohheim) und Schreiner Fritz Ulrich (Dohheim).

- Rambach, 2. Dezember. Am letzten Sonntag hielt der humoristische Verein "Babelio" ein Wohltätigkeitskonzert mit vollem Erfolg ab. Der Besuch war ein sehr zahlreicher, so daß dem "Diakonieverein", zu dessen Gunsten das Konzert abgehalten wurde, 88 M. überwiesen werden konnten.

- Hochheim, 2. Dezember. Dem Inhaber der hiesigen Weingroßhandlung und Obi-Sellerei, Stadträte Peter Boller, wurden anlässlich seines 75. Geburtstags am 20. v. M. mannigfache Ehrungen zuteil. Bereits am Vorabend brachte ihm der Gesangverein "Biederkratz" (im Verein mit der Rullmannschen Kapelle) ein Ständchen, wobei der Sprecher des Vereins, Herr Schmelz, in schwungvoller Rede den Jubilar als Ehrenpräsidenten und Gründer feierte. Im Anschluß hieran fand im Vereinslokal des "Biederkratz" ein gemütliches Zusammensein statt, wozu Herr Boller die Beteiligten eingeladen hatte. Am Festtag selbst wurde der Jubilar von dem Personal beglückwünscht, mit einem herzlichen Geschenk überreicht, für das sich Herr Boller durch Gewährung von Gratifikationen an sämtliche Angestellte erkennlich zeigte. Die Feier ließ in erfreulicher Weise das zwischen dem Arbeitgeber und den Arbeitnehmern bestehende gute Einvernehmen erkennen. Im Verlauf des Vormittags erschien alsdann eine Deputation des Magistrats zur Gratulation, wobei Bürgermeister Arzbäcker im Beisein des Stadtrats Großherr unter Überreichung einer kunstvollen Adressen die Glückwünsche der Stadt Hochheim für ihren Stadträten übermittelte. Herr Boller dankte in bewegten Worten für die ihm zuteil gewordene Ehrung mit den besten Wünschen für die geistliche Entwicklung seiner Vaterstadt. Neben weiteren persönlichen Gratulationen gingen am Festtag noch überaus zahlreiche

briefliche und telegraphische Glückwünsche und prachtvolle Blumenspenden im Haus des Jubilars ein, ein Beweis für die Herrn Vater Boller aus allen Kreisen Hochheims und von nah und fern entgegengebrachte Zuneigung und Verehrung.

#### Nassauische Nachrichten.

Einsturz einer Kirche.

- Hattersheim, 2. Dezember. Heute nachmittag stürzte die Hälfte der hiesigen Kirche, die angebaut wird und noch nicht fertig war, ein. Fünf oder sechs Arbeiter, darunter zwei aus Mainbach bei Wiesbaden, sind schwer verletzt, ein Arbeiter aus Mainz ist tot.

- Personal-Nachrichten. Regierungskasseninspektor Wohlbach in Urnsberg ist zum 1. Dezember 1913 an die Rezession in Wiesbaden berichtet worden. - An Stelle des Regierungskasseninspektors Wörmann ist vom 1. Dez. 1913 ab der Oberleutnant a. D. Janzen aus Hannover, Standort, mit der interimistischen Verwaltung des Domänenamtshofs und der damit verbundenen Forststelle der Oberförsterei Hohenahr beauftragt worden. - Dem seitigen kommissarischen Domänenamtshofmeister, Regierungskasseninspektor Klein, ist unter Ernennung zum Domänenamtshofmeister die Verwaltung des Domänenamtshofs Weilburg und der damit verbundenen Forststelle der Oberförsterei Weilburg und Weilmünster vom 1. Dezember 1913 ab definitiv übertragen worden. - Der Landesversicherungsinspektor Landesratsherr Siebert und Landesratsherr Völker sind zu Sekretären bei der Landesversicherungsanstalt Hessen-Nassau ernannt worden.

k. Höhle a. M., 2. Dezember. Im Alter von 88 Jahren ist gestern nachmittag Stadtrat und Fabrikant J. C. Dröger nach kurzem Krankenlager gestorben. Derselbe war lange Jahre in den städtischen Körperwachten tätig und bei der Bürgerschaft allgemein beliebt. - Verhaftet wurde der Tagesschaffsführer J. Schöttel, der einem Kollegen in einer Wirtschaft 70 M. geklopft hat.

ht. Königstein, 2. Dezember. Für die Ortschaften Königstein, Hallenstein, Cronberg und Schönberg plant man den Bau einer "Blauverbandschule", die den Charakter einer höheren Lehranstalt tragen soll. Die Anstalt soll, wenn der Plan zur Durchführung gelangt, ihren Platz in Cronberg erhalten.

#### Aus der Umgebung.

w. Hanau, 2. Dezember. Bürgermeister Dr. Fritsch in Langenselbold wurde zum Bürgermeister der Stadt Ladenburg am Neckar gewählt.

#### Gerichtsaal.

wo. Einen Kampf auf Leben und Tod gab es am 14. Sept. in den Kuranlagen in Wiesbaden zwischen zwei jungen Leuten. Der eine war der übelberüchtigte Gelegenhheitsarbeiter, früher Haushilfer Hubacher, der andere ein Angestellter der Pension Rupprecht. H. hatte sich schon seit Monaten in dem Garten der Pension herumgetrieben und die Gäste, wenn sie abends spät aus dem Theater usw. zurückkamen, angebettelt. An dem hier in Riede stehenden Abend war er bedroht worden, wie er auf einen kleinen Baum gespien war und in einen Vatterzorum hineinlachte. Man nahm an, daß er einsteigen wolle. Der bereits erwähnte Angestellte der Pension sprach ihn an, sah ihm, als er auszog, nach und stellte ihn in den Kuranlagen, wo H. dann gleich zum Angriff überging. Er erschöpfte den Verfolger am Halse, würgte ihn, schlug mit einem harlen Gegenstand auf ihn ein und versuchte, ihn von einer Brücke in ein Wasser hinabzustürzen. Der Angestellte trug aus dem Ringen ziemlich erhebliche Verlebungen davon, welche ihm auf Wochen die Arbeitsfähigkeit raubten. Die Straflammer nahm H. unter Kreisprachung von der Anklage des verüchten schweren Diebstahls, wegen Körperverlehung mittels Werkzeug in 10 Monate Gefängnis.

wo. Kuppelai. Als vor einigen Jahren die Witwe M. Röder ihren Mann durch den Tod verlor, befand sie sich in ziemlich mühslicher Lage. Zur Verbesserung ihrer Einkommensverhältnisse verlegte sie sich zunächst aufs Kartenspielen. Dadurch zog sie eine ganze Zahl von jungen Mädchen in ihr Haus, und endlich ging sie dazu über, auch Herren einzuladen und die meist noch unbescholtene Mädchen an sie zu verkuppeln. Durch drei Jahre hindurch florierte das Geschäft der R., und zum Klappen kam es nur dadurch, daß ein Mädchen, welches sie mishandelte und eingesperrt hatte, sie anzeigen sollte. Die Straflammer verurteilte die R. zu 5 Monaten Gefängnis.

\* Anteile, 2. Dezember. Prix de Saint-James. 2000 Fr. 1. G. Bischofs Burwood (Bovers). 2. Regio. 3. Apriorist 18:10; 18, 19:10. - Prix Linda. 4000 Fr. 1. Du Decesse Le Temétaire (Gatinois). 2. Démon 2, 3. Siba 2. 63:10; 20, 25, 28:10. - Prix Hungerford. 10000 Fr. 1. A. Fautes Petit Bourcet (Barholomeu). 2. Liparus. 3. Pierre Cornelle 78:10; 26, 27, 24:10. - Prix le Peine. 5000 Fr. 1. James Hennessy Butteur 3 (Carter). 2. La Topaze. 3. Tour du Ronde. 35:10; 24, 15:10. - Prix de Décembre. 4000 Fr. 1. R. Descœuvres Bobette 2 (Mitchell). 2. Mr. de Scuderi. 3. Gamain. 108:10; 26, 14:10. - Prix Dart. 4000 Fr. 1. A. Krafts Orléans (Boles). 2. Pouet. 3. Elegante Ivoire. 134:10; 25, 15, 23:10.

#### Sport und Spiel.

##### Pferderennen.

\* Anteile, 2. Dezember. Prix de Saint-James. 2000 Fr. 1. G. Bischofs Burwood (Bovers). 2. Regio. 3. Apriorist 18:10; 18, 19:10. - Prix Linda. 4000 Fr. 1. Du Decesse Le Temétaire (Gatinois). 2. Démon 2, 3. Siba 2. 63:10; 20, 25, 28:10. - Prix Hungerford. 10000 Fr. 1. A. Fautes Petit Bourcet (Barholomeu). 2. Liparus. 3. Pierre Cornelle 78:10; 26, 27, 24:10. - Prix le Peine. 5000 Fr. 1. James Hennessy Butteur 3 (Carter). 2. La Topaze. 3. Tour du Ronde. 35:10; 24, 15:10. - Prix de Décembre. 4000 Fr. 1. R. Descœuvres Bobette 2 (Mitchell). 2. Mr. de Scuderi. 3. Gamain. 108:10; 26, 14:10. - Prix Dart. 4000 Fr. 1. A. Krafts Orléans (Boles). 2. Pouet. 3. Elegante Ivoire. 134:10; 25, 15, 23:10.

#### Neues aus aller Welt.

Geburtsstunde einer Gemeindelasse. Berlin, 2. Dezember. Eine Gesellschaft von angeblichen Sonntagsausflüglern besuchte in Mühlbach an der Steinzenzeiter-Liebenwerder Vorortbahn eine Gastwirtschaft. Die jungen Leute unterhielten sich mit den Bürgern bei einem kalte Bier. Ein Teil von ihnen brach vorzeitig auf, um noch mit der Bahn wegfahren zu können. Die anderen verjüngten auch den letzten Zug und erklärten auf Befragung, daß sie zu Fuß nach Berlin gehen würden. Geltorn morgen entdeckte man, daß Einbrecher bei dem Gemeindevorsteher den Geldkasten erbrochen und die Gemeindelasse um 3000 M. bestohlen hatten. Nach den bisherigen Ermittlungen sind die sogenannten Ausflügler, die zeitig aufbrachen, um mit der Bahn nach Berlin zurückzufahren, die Täter.

Bz. dem räuberischen Überfall auf zwei Raubboten. Bremen, 2. Dezember. Die in der Angelegenheit des Delmenhorster Raubes Verhafteten sind zwei Dumppenauer, die Brüder Schmidt.

Verzweiflungstat einer Mutter. Berlin, 2. Dezember.

Gestern abend fand eine ältere Frau mit zwei Kindern unter dem Arm an der Waterloo-Brücke ins Wasser, Bassianen,

welche dies haben sollten, schwimmen. Die Rettung wurde im Streit von unbekannten Tatern erfolgt und in einen Teich geworfen.

Rettung aus Seeot, London, 2. Dezember. Vlodoft meldet aus Liverpool: Der englische Dampfer "Bouenza" ist mit 29 Getreiften von dem deutschen Dampfer "Vlodoft" an Bord hier eingetroffen. Der Dampfer stieß mit einem Segelschiff zusammen, wobei dieses gesunken ist. - Die 1000-jährige Mannschaft des "Vlodoft" wurde gestern abend in das Germanium im Liverpool gebracht. "Vlodoft" hat ein großes Loch unter der Wasserkante erhalten und wurde bald nach dem Auftauchung aufgefunden. Einer der Seeleute namens Eric Wegener, der erhebliche Verlebungen erlitten hat, wurde ins Hospital gebracht. Sein Zustand ist frisch. Ein Soldat ermordet. Köln, 2. Dezember. Gestern abend wurde in Wiesbaden bei Köln ein Soldat von zwei Justizbeamten erschossen. Die Röder flohen nach Düsseldorf, wo sie verhaftet wurden.

#### Deutscher Reichstag.

##### Kurze Anfragen und Etatsberatung.

Berlin, 2. Dezember. (Eigener Drahlbericht des "Wiesbadener Tagblatts") Der Reichstag war heute ganz ausgezeichnet besetzt. Teilweise möchte man erwarten haben, daß der Reichskanzler doch noch das Wort ergreifen würde, was aber nicht geschah. Zunächst mußte das Haus sich durch eine ganze Reihe von kurzen Anfragen hindurcharbeiten. Die für die Praxis einer richtigen Auslegung des Generalpardons im Wehrgesetz abgegebene Erklärung durch den Reichsschaffsführer wurde vom Reichstag bestätig aufgenommen. Wegen der Babener Vorgänge wurden die Fragen, wie zu erwarten war, auf die morgigen Erklärungen des Reichskanzlers vertröstet. Bei der Abstimmung über die Wahlprüfungen kam es zu einigen Überraschungen. Es überraschte weniger, daß das Mandat des Sozialdemokraten Haupt für ungültig erklärt wurde - für die Gültigkeit stimmten nämlich nur die Sozialdemokraten - dogegen wird Herr Schuchhoff vom Zentrum, der Vertreter des zweiten Kölner Wahlkreises, wohl die Ungültigkeitserklärung seiner Wahl nicht vorausgesehen haben. Zuerst wurde durch Hammelsprung die Verweiserhebung abgelehnt. Bei einem zweiten Hammelsprung wurde dann über die Gültigkeit oder Ungültigkeit dieser Wahl abgestimmt, und mit 180 gegen 166 Stimmen das Auscheiden des Herrn Schuchhoff aus dem Reichstag beschlossen. Dann leerte sich das Haus sehr stark, als der Reichsschaffsführer die Debatte über den Etat eröffnete. Er ist kein guter Redner, und die etwas langwierigen Darlegungen konnten nur wenig Aufmerksamkeit erregen. Bemerkenswert war, daß er im allgemeinen annahm, daß die Wehrsteuer ein gutes Ergebnis zeitigen würde, und daß wahrscheinlich das deutsche Vermögen etwas reichlicher ausfallen würde, als man nach den bisherigen Schätzungen angenommen hat. Auch die Einnahmen des Reiches bestätigten im allgemeinen. Ebenso hielt der Schaffsführer die augenblickliche Konjunktur noch nicht für beunruhigend, nur sei betont, daß der Eisenmarkt im Hallen sich befindet, dogegen ist zurzeit die Reichsbank noch in recht glänzenden Verhältnissen. Alles in allem befürwortete der Reichsschaffsführer eine sparsame Finanzverwaltung. Er könne zwar im allgemeinen auf günstige Einnahmen im Reichsschafamt zurückblicken, aber in ethlichen Punkten sind doch Minderergebnisse zu verzeichnen.

##### Sitzungsbericht.

Eigener Drahlbericht des "Wiesbadener Tagblatts".

# Berlin, 2. Dezember. Am Bundesratsitz: Staatssekretär Lisco, Rüben, Direktor des Reichsamtes des Innern de Jonquieres und Generalmajor Wild von Hohenborn.

Das Haus ist sehr gut besucht.

Präsident Dr. Raeps eröffnet die Sitzung um 25 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen zunächst

##### Kurze Anfragen.

Abg. Dr. Hoppe (natl.) fragt: Sind dem Herrn Reichskanzler die Gründe bekannt, die die Militärverwaltung veranlaßt haben, im vergangenen Sommer 1. für den Bezirk der 5. Remontenlaufkommission

die Anforderungen an die zu laufenden Remonten wesentlich zu ändern. 2. Diese Anforderungen so plötzlich und rücksichtslos durchzuführen, daß an einem Tage, etwa Mitte Juli, der bisherige Kommissar noch nach der früheren Methode anfuhrte, am nächsten Tage aber sein Nachfolger ein völlig anderes Pferd verlangte, und daß infolgedessen die Remontenmärkte für die Rückkehr außerordentlich ungünstig aussahen?

Generalmajor Wild von Hohenborn: Die Größe der im Bereich der 5. Remontenlaufkommission zur Vorstellung gelangenden Remonten nimmt im allgemeinen zu, infolgedessen mit naturnäherlich die Zahl der als zu groß beanstandeten Remonten wachsen. Da man beim Anlauf von Remonten, die das Höchstmach (102 Stockmohr) überschritten hatten, den Verläufen zu weit entgegengelommen war und zahlreiche Remonten im Truppendienst durch weiteres Wachsen zu groß geworden waren, mußten später Ausrangierungen in den Truppendepots erfolgen. Die Remontenlaufkommissionen haben daher in diesem Frühjahr die Anweisung erhalten, die Grenze des Höchstmachs möglichst inne zu halten. Der Behauptung, daß die Remontenmärkte außerordentlich ungünstig aussahen, steht die Tatsache gegenüber, daß die Remontenpreise sowohl für Kavallerie als auch für Artillerie erheblich gestiegen sind.

Abg. Waldburg (Bpt.) fragt an: Durch die §§ 88, 1

tines Bundesstaates oder einer Gemeinde entzogen worden ist. Es ist nun die

#### uneidliche Aussöhnung

veröffentlichten, daß diese Rechtswohlthat des Gesetzes nur denjenigen zugute kommt, deren Vermögen die im § 12 des Gesetzes bestimmtenbeitragsfreien Grenzen übersteigen und die demgemäß einen Wehrbeitrag zu zahlen haben werden. Ist der Herr Reichskanzler bereit, Maßnahmen zu treffen, um dieser die Zwecke jener Gesetzesbestimmung gefügenden Rechtsauffassung entgegenzutreten und um eine richtige und gleichmäßige Handhabung des Gesetzes zu sichern, ist er insbesondere bereit, in die öffentliche Aufforderung zur Abgabe der Vermögenserklärung (vgl. Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 18. November 1913, betr. die am 6. November 1913 vom Bundesrat beschlossenen Ausführungsbestimmungen § 15)

#### eine Lehre

aufzunehmen über das Recht jeder deutschen und der anderen in den §§ 10 und 11 des Wehrbeitragsgelehrten genannten natürlichen und juristischen Personen, ohne Unterschied des Vermögens und Einkommens eine Vermögenserklärung abzuleben und die damit verbundene Rechtswohlthat zu erlangen?

Reichsschatzsekretär Kühn: Die durch das Gesetz über einen einmaligen außerordentlichen Wehrbeitrag vom 8. Juli 1913 gewährte Wohltat,

#### der sog. Generalparbon,

kommt nach der Auffassung der Reichsfinanzverwaltung allen Personen zugute, welche die Voraussetzung der Wehrbeitragspflicht erfüllen. Der Ausdruck Wehrbeitragspflichtige in § 88 des Gesetzes läßt sich noch diesbezüglich erachten im Zusammenhang mit den vorhergehenden Vorschriften nur dahin auslegen, daß er alle diejenigen Personen umfaßt soll, die in den §§ 10 und 11 im einzelnen als Wehrbeitragspflichtige bezeichnet sind. Wenn die §§ 12 und 31 des Gesetzes die Erhebung des Wehrbeitrags auch noch von dem Vorhandensein eines gewissen Vermögens oder Einkommens abhängig machen, so wird dadurch der Begriff des Wehrbeitragspflichtigen an sich nicht berührt. Von dieser meiner Auffassung habe ich bereits in einem Schreiben vom 27. November 1913 an die Bundesregierungen Mitteilung gemacht. Ich habe weiter angeordnet, die Regierungen zu ersuchen, in die öffentliche Aufforderung zur Abgabe der Vermögenserklärung (vgl. § 15 der Wehrbeitragsausführungsbestimmungen) nicht nur den Wortlaut des § 88, sondern auch eine Lehre über dessen Bedeutung aufzunehmen zu lassen oder für eine anderweitige Bekanntgabe einer solchen Lehre zu sorgen.

Abg. Dr. Quand-Frankfurt a. M. (Soz.) fragt: Ist es richtig, daß der Herr Reichskanzler und die ihm nachgeordneten Amter bereits seit längerer Zeit mit den Organisationen der Unternehmer der verschiedenen Gewerbegruppen

#### über Erneuerung der Handelsverträge

verhandelt? Und weshalb werden, falls dies richtig ist, zu diesen Verhandlungen von der Reichsregierung nicht gleichzeitig auch die Betriebsorganisationen der Arbeiter zugezogen?

Direktor des Reichsamts des Innern Müller: Dass der Herr Reichskanzler mit den Unternehmern der verschiedenen Gewerbegruppen solche Verhandlungen führt, ist nicht richtig. Sollten mir der Antrag, die vom Kaiserlichen Statistischen Amt im Auftrage des Herrn Staatssekretärs des Innern vorgekommen sein,

#### Produktionserhebungen

gemeint sein, so handelt es sich dabei weder um Verhandlungen mit den Organisationen der Unternehmer über Erneuerung der Handelsverträge, noch überhaupt um allgemeine Fragen der Zoll- und Handelspolitik, sondern um statistische Feststellungen über die Produktion eines bestimmten Gewerbezweiges im Einvernehmen mit Sachverständigen, d. h. a. auch von den Fachverbänden, soweit solche bestehen, in Vorschlag gebracht werden und wobei den einzelnen Firmen bei Beantwortung der statistischen Fragebögen Gelegenheit geboten wird, Wünsche in bezug auf den Zolltarif und die Handelsverträge zur Kenntnis der Reichsverwaltung zu bringen.

Abg. Sachse (Soz.) fragt: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß in den schlesischen Kreisen Striegau, Schweidnitz und Waldenburg infolge der dort ausgebrochenen

#### Maul- und Klauenseuche

eine massenhafte Abschlachtung von Klauenvieh stattfand, und daß durch den hierdurch verursachten Schaden eine große Auflösung unter den kleinen mittleren Landwirten entstanden ist. Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die betroffenen Landwirte ausreichend schadlos zu halten?

Direktor des Reichsamts des Innern v. Jonquidès: Die Anordnung und die Durchführung der im Viehseuchengesetz vorgesehenen Seuchenbekämpfungsmethoden liegen nach § 2 den Landesregierungen ob. Zu den Bekämpfungsmethoden gehört auch die Anordnung des Abschlachters von Viehbeständen wegen des Herrschens von Maul- und Klauenseuche gemäß § 49 des Gesetzes; ebenso ist die Feststellung und die Aufbringung der Entschädigung für die auf solche Anordnung folgenden Tiere Landesache. Nach Mitteilung des Herrn Landwirtschaftsministers sind in den genannten Kreisen im ganzen 23 Bestände mit zusammen 450 Rindern, 378 Schweinen und 4 Ziegen auf polizeiliche Anordnung abgeschlachtet worden. Hierfür wurde entsprechend den gesetzlichen Vorschriften

#### in vollem Umfang Entschädigung gewährt.

Nur in einem einzigen Falle ist eine Beschwerde über zu niedrige Bewertung der Entschädigung an den Landwirtschaftsminister gelangt. Infolge dieser Maßnahmen sind die hauptsächlich schwer gefährdeten Kreise Schweidnitz und Waldenburg gegenwärtig seuchenfrei. Im Kreise Striegau herrscht die Seuche nur noch in zwei Gehöften und ist auch dort im Ersten begriffen. Für den Reichskanzler liegt hiernach ein Anlaß zu weiteren Maßnahmen nicht vor.

Abg. Högl (El.): Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt,

#### in Bayern

am Freitag, 28. November, Offiziere des 90. Infanterie-Regiments ohne von der Polizeibehörde requiriert worden zu sein einen Zug Soldaten mit aufgespannten Bajonetten und beladenen Gewehren gegen das Publikum auf der Straße vorgehen ließen? Welche schleunigen Maßnahmen gebot der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um solchen Übergriffen des Militärs vorzubeugen, welche Gefahren blutiger Ereignisse heraufbeschwören?

Generalmajor Wild v. Hohenborn: Dem Herrn Reichskanzler sind die Vorgänge in Bayern, wie er gestern hier ausführlich hat, bekannt. Die getroffenen Maßnahmen will er morgen hier darlegen. (Lachen und Heiterkeit lösst.)

Es folgt die Interpellation des Abg. Arnstadt und Seiffen: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß das am 1. Januar 1914 bevorstehende Inkrafttreten der Bestimmungen über die Krankenversicherung in der Reichsversicherungsbereichung, insbesondere die ärztliche Versorgung der Landkassen und die Versicherung der Dienstboten auf große Schwierigkeiten stößt, so daß es wünschenswert erscheint, im Interesse aller Beteiligten das Inkrafttreten dieser Bestimmung noch hinauszuschieben?

Auf die Frage des Präsidenten Dr. Raempf erklärte Unterstaatssekretär Dr. Richter: Der Reichskanzler ist bereit, in der zweiten Hälfte der nächsten Woche diese Interpellation zu beantworten. Er wird sich wegen des betreffenden Tages mit dem Herrn Präsidenten in Verbindung setzen.

Hierauf schreitet das Haus zur Abstimmung über die am letzten Freitag verhandelten

#### Wahlprüfungen.

Über die Wahlen der Abg. Neus (Soz.), Dr. Pachnicke (Btp.), Reck (cons.) und Laser (natl.) wird die Entscheidung ausgefeilt und Beweiserhebung über Protestbehauptungen beschlossen.

Für gültig erklärt werden die Wahlen der Abg. Dr. Hegenscheid (Btp.) gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Fortschrittsler, Graf v. Cramm-Osten (cons.), Dr. Wurdhardt (Wirtsh. Bpp.), v. Bonin (cons.), Kopisch (Btp.), Dr. Cohn-Rochhausen (Soz.), diese gegen die Stimmen der Fortschrittlichen Volkspartei, Sosinski (Soz.) und Herzog (Wirtsh. Bpp.).

Für ungültig erklärt wird die Wahl des Abg. Haupt (Soz.) gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, und die Wahl des Abg. Riedhoff (gentz.), diese mit 180 gegen 116 Stimmen, nachdem der konervative Antrag auf Beweiserhebung mit 174 gegen 171 Stimmen abgelehnt worden war.

Nach Erledigung dieser Abstimmung tritt das Haus in die

#### Generaldiskussion des Reichshaushaltsetats

für 1914 ein.

Reichsschatzsekretär Kühn: Die Gleichung zwischen Einnahme und Ausgabe hat diesmal mit zwei wesentlichen Unbekannten zu rechnen: dem künftigen Ergebnis des Wehrbeitrags und der künftigen Gestaltung der Konjunktur. Was der Wehrbeitrag bringen wird, wird sich erst hören lassen, wenn ein Teil des Schätzjahrs 1914 verschlossen ist. Es haben sich Stimmen von hervorragend sachkundiger Seite erhoben, die Deutschlands Wohlstand noch höher einschätzen, als dem einmaligen Beitrag, 1200 Millionen, entspricht. Es war eine gewichtige Tat des Reichstags, daß er diese Aufgabe nicht auf fünfzig Geschlechter abwälzen ver sucht. Es war ein wichtiger Schritt, so für das Reich und das Finanzwesen zum Gedanken oder Verderben zu veranschlagen. Zum Gedanken, wenn man sich sagt, daß nunmehr dauernd auch mindererhebliche neue Bedürfnisse gegenüber stärkeren Ansprüchen in die Geldgebahrung gestellt werden müssen und daß die Inanspruchnahme der Steueraufuhr für die nächste Zeit in schonender Weise erfolgen und die Kunst der Finanzierung, die zum wesentlichen Teil in der Einschränkung der Ausgaben stehen müsse, — zum Verberben, wenn man glauben sollte, daß so große Geldmittel des öfteren mit Weitblick sich beschaffen ließen. Die Finanzverwaltung rechnet damit, Mittelpunkt gegen diese Auffassung des Reichstags an ihrer Seite zu sehen. Das zweite ungewisse Moment ist die weitere

#### Entwicklung des Geschäfts und des Arbeitsmarktes.

Es ist verständlich, daß die gegenwärtige Situation dem prüfenden Beobachter noch mancherlei Rätsel biete. Die geldliche Lage der Reichsbank war bisher eine glänzende. Diese Entwicklung hat bis in die Gegenwart angehalten. Auch beweist der Umstand, daß wir, wie schon im Herbst, so auch jetzt, eine Aktivität der Handelsbilanz zu verzeichnen halten. Demerkt sei ferner, daß einer der Hauptfaktoren für die Bewegungen auf dem Wirtschaftsmarkte, der Wechselstempel, bis auf diesen Tag eine Steigerung aufweist. Auf der anderen Seite fehlt es aber auch nicht an Anzeichen für ein Abslaufen der Erwerbstätigkeit.

Iedenfalls werden wir bei unseren Haftberatungen gut tun, und auf einen gewissen Abstieg einzurichten, wenn auch dieser Abstieg nicht so plötzlich eintreten und auch die Reichseinnahmen nicht in demselben Maße nachteilig einwirken wird, wie vor sechs Jahren. Eine dankenswerte Stütze wird in dieser kritischen Zeit unser Wirtschaftsleben an der diesjährigen guten Ernte finden. Trotz der im Frühjahr 1912 aus Anlaß der Wehrvorlage erfolgten Erhöhung der Einnahmeproduktion war am Schlusse des Jahres ein Überschub von 77 Millionen Mark zu verzeichnen. Die Finanzverwaltung steht den Überschüssen keineswegs so freundlich gegenüber; sie bilden nur zu leicht den Anreiz zu dauernden Ausgaben, für die dann in späteren Jahren die Dedung fehlt, und wir müssen daher den Etat so aufzustellen bestrebt sein, daß Schätzung und Wirklichkeit zunächst gleichkommen. Die für die Zolleinnahme, allerdings auch nur für diese günstige Wirkung des Erntelergebnisses für 1911 in Verbindung mit dem Stande der Viehseuche in jenem Jahre und die Rückgänge der Fleisch einfuhr in 1912 ist in besonderem Maße in Er scheinung getreten.

Die im Jahre 1912 eingetretenen Kriegerischen Verwicklungen auf dem Balkan haben die Entwicklung unserer Einnahmen nicht zu hemmen vermocht.

Auch haben der Ertrag der Zölle und Steuern mit 1600 Millionen den Etatsansatz um 48 Millionen überschritten. Recht erfreulich war auch die Entwicklung der Einnahmen der Eisenbahnenverwaltung, die mit einem Mehr von über 12 Millionen Mark gegen den Anfang abschließt. Ein weniger günstiges Bild gewährt die Postverwaltung, deren Endergebnis ein Minderüberschub gegen den Etat von 5,5 Millionen Mark ergibt. Das Postwesen führt uns einen Mehrbetrag von 10,5 Millionen Mark zu. Die Gesamtnebrausgabe im ordentlichen Etat beträgt rund 1,9 Millionen.

Die deutsche Zukaufserzeugung des abgelaufenen Betriebsjahrs in Höhe von 27 Millionen Doppelzentner bildet geradezu einen Weltrekord.

Auch im Vergleich zu den anderen Zukaufsländern sind die Auslieferungen für das neue Betriebsjahr gut, die Buderpreise allerdings nicht glänzend, aber auskömmlich und stetig. Für das Jahr 1913 ist die gesamte Einnahme an Zöllen und Steuern ausschließlich der Einnahmen aus dem Wehrbeitrag zu 1600 $\frac{1}{4}$  Millionen veranschlagt worden. Die Gesamteinnahme im Etat ist gegen den Etatsansatz für 1911 um 184 Millionen, gegen den Etatsansatz für 1912 um 52 Millionen und selbst gegen die Einnahme von 1912 noch um 4 Millionen höher.

Trotz der Beunruhigung, die von dem Südosten Europas ausging und trotz der Siedlung in der wirtschaftlichen Bedeutung sind die Einnahmergebnisse bisher so günstig gewesen, daß nach der ersten Hälfte des Jahres zu schließen, selbst der genannte hohe Etatsansatz noch um 25 Millionen übertroffen würde, wenn nicht:

der Ausfall der Getreidezölle

einen Strich durch die Rechnung mache. Die reichliche Körnerernte in 1912 und die noch erheblichere von 1913 haben den Bedarf Deutschlands an ausländischem Getreide ganz bedeutend herabgemindert. So erfreulich vom allgemeinen wirtschaftlichen Standpunkt die Tatsache bleibt, daß die deutsche Landwirtschaft infolge der leichten Entlasten dem erwünschten Ziele, den heimischen Getreidebedarf voll zu deden, für dieses Jahr in so hohem Maße nähergekommen ist, für die Reichsfinanzen bedeutet sie einen Ausfall an Zolleinnahmen, der in der ersten Hälfte des Jahres 1913 bereits 17 Millionen beträgt.

Weitere Mindereinnahmen sind zu erwarten wiederum bei der Brannweinverbrauchsabgabe, bei der Schaumweinsteuer, dem Aufschlagsstempel und bei der Grundwechselabgabe.

Es stehen dem aber auch Rechteinnahmen gegen den Etat in einer ganzen Reihe von Abgabenveitzen gegenüber, so namentlich der Brau-, Zigaretten- und Zuckersteuer. Alles in allem versprechen die Zölle und Steuern dem Etatsansatz einigermaßen gerecht zu werden. Ein Plus ist zu erwarten bei dem Reichseisenbahn- und dem Bankwechsel. Wenn wir trotzdem im Jahresabschluß mit einem Überschub rechnen können, so liegt das, abgesehen von Mehrausgaben bei einzelnen Verwaltungen, bei der Marine allein 4200 000, in dem unbefriedigenden Ergebnis aus dem Post- und Telegraphenwesen. Hier muß mit einer Mindereinnahme von 48 Millionen, mit einer Mehrausgabe infolge der diesjährigen Befolgsordnung von rund 4 Millionen gerechnet werden. Unter den Mehrausgaben der einzelnen Verwaltungen befindet sich auch eine Summe von etwa 2½ Millionen für Erwerb des Grundstückes Wilhelmstraße 78. Die Regierung hat zugestimmt, daß über die strittigen Ansprüche des Landkreises von Winterfeldt hinaus, dieses Grundstück in einem Schiedsverfahren entschieden wird, daß zurzeit schwierig und dessen Ausgang abzuwarten sein wird. Der Staatsentwurf für 1914 schließt ab in Einnahme und Ausgabe mit 3400 Millionen im ordentlichen und 22 Millionen im außerordentlichen Etat.

In dem nächsten Etat wird sich eine Anleihebegebung noch nicht ganz vermeiden lassen.

Neuerdings scheint sich die Aussicht auf Entspannung des Geldmarktes vorzubereiten, die auch unseren Anleihen eine Aufwertung bringen wird. Die gesamten Neineinnahmen an Zöllen und Steuern sind mit 1881½ Millionen eingestellt worden. Das sind 11½ Millionen mehr, als der Etatsansatz für 1913 beträgt.

Die Bildung des Goldhauses wurde durch den hohen Gold-

bestand der Reichsbank erleichtert.

Die Matrikularbeiträge sind wieder mit 80 Pf. für den Kopf der Bevölkerung angesetzt. Aus dem Wehrbeitrag werden rund 398 Millionen eingestellt. Das Auswärtige Amt beansprucht an fortlaufenden Ausgaben ein Mehr von 1456 000 Mark. Hierzu entfallen 650 000 M. auf die Neuordnung der Besoldung der Auslandbeamten. Für die Auslandschulen sind die Fonds um 400 000 M. auf 1½ Millionen erhöht worden. Bei den allgemeinen Fonds des Reichsamts des Innern sind hervorzuheben teils größere, teils geringere

Neurauswendungen für das römisch-germanische Museum zu Mainz,

die Binnenfischerei, die Seemannsheimate usw. Für die aus Anlaß der Wehrvorlage beschlossene Entschädigung an Familien, von denen mehr als drei Söhne der gesetzlichen zweit- oder dreijährigen Dienstpflicht im Reichsheer oder der Marine genügt haben oder genügen, waren im Etat 1913 für die zweite Hälfte dieses Jahres 240 000 M. eingestellt. Für 1914 ist diese Summe auf das Doppelte erhöht worden. Bei den einmaligen Ausgaben sind herzoverzehren u. a. Aufwendungen für Bodenforschungen, für Bekämpfung der Tuberkulose, für die Versuchsanstalt für Luftfahrt.

Der Militäretat steht unter dem Zeichen der planmäßigen Abwicklung der Heeresverstärkung von 1911 und 1912 sowie der großen Wehrgefechtzeit von 1913.

Reben den unmittelbar auf der Rüstungsverstärkung beruhenden Forderungen werden u. a. Geldmittel verlangt im Interesse der reichlicheren Versorgung von Mann und Pferd, der Verbesserung der Beleuchtung der Kasernen, der Erhöhung und Vergrößerung der Diensträume und der Verbesserung der Unterkunft für Unteroffiziere. Ferner hat sich eine Erhöhung des Unteroffizier-Unterstützungsfonds als notwendig erwiesen. Der Mehrbeitrag soll im wesentlichen den Unteroffizieren in Elsaß-Lothringen zugute kommen, um deren Erhalt zu erleichtern. Der Marinematrat bringt bei einem Mehr von insgesamt 802 Millionen gegen das Vorjahr ein weiteres Zurückgeben. Der Reichszuschuß für Kiautschou und das ostasiatische Marinadepartement verringert sich um 1½ Millionen. Bei den fortlaufenden Ausgaben wird die für den weiteren Ausbau der deutsch-chinesischen Hochschule wesentlich erhöht. Unter den einmaligen Ausgaben wird die Errichtung einer Raumwissenschaftliche Universität erreichen. In dem Etat der Reichspost- und Telegraphenverwaltung ist eine Reihe von neuen Stellen vorgesehen, und zwar über 10 000. Millionen sind angezeigt zur Fortsetzung des Fernsprechlabels nach dem Westen. Interessieren wird Sie auch die in Aussicht genommene Errichtung einer Postsparkasse in Deutsch-Ostafrika. Die finanziellen Verhältnisse unserer Siedlungsgebiete sind erfreulich.

Es wird beabsichtigt, das gesamte Material zur Ergänzung oder Änderung des Befolgsweisen in einem Befolgsentwurf zusammenzufassen und Ihrer Entscheidung zu unterbreiten. Eine alte Forderung des Hauses hatz weiter ihrer Erfüllung.

Die Aufbewahrung der Bezüge der Altpensionäre, wofür eine gesetzliche Unterlage geschaffen werden muß. Man glaubt nicht, wie folgenschwer Steuerlämpfe und Steuerwidder sind, denen man aus dem Wege gehen kann, wenn man nur rechtzeitig die Ausgaben den jeweils verfügbaren Mitteln anpaßt. Lassen Sie uns darnach handeln.

Die Reise des Staatssekretärs wurde an mehreren Stellen, besonders, wo er die gesetzliche Aufbewahrung der Altpensionäre erwähnte, von Beifallsbekundungen unterbrochen. Am Schlus erzielte lebhafte Beifall.

Weitere Befolgsedungen lagen für heute seitens der Bundesratsbevollmächtigten nicht vor. Es wird vertagt. Nächste Sitzung Mittwo

## Letzte Drahtberichte.

Zum Saberner Zwischenfall.

Des Kaisers Unwillen.

Strasburg, 2. Dezember. (Eigener Drahtbericht des "Wiesbadener Tagblatts".) Wie der "Elßsässer" aus guter Quelle erfährt, wird das 99. Infanterieregiment von Sabern nach dem Truppenübungsvorlage Hagenau verlegt, bis ein neuer Garnisonort bestimmt sein wird. Der Kaiser soll zum Kriegsminister bei der geistigen Unterredung in Donaueschingen seinen Unwille über das Vorgehen des Militärs ausgedrückt haben, ebenso wie über das disziplinwidrige Verhalten der elßsässischen Rekruten.

Der elßsässische Unterstaatssekretär fährt nach Berlin.

wb. Strasburg, 2. Dezember. Unterstaatssekretär Exzellenz Mandel begab sich heute nach Berlin zur Teilnahme an den morgigen Reichstagsverhandlungen.

Die Antwort auf die Anfrage, betr. die South-West-Africa Co.

wb. Berlin, 2. Dezember. Die von dem Abg. Herbig gestellte Anfrage ist von dem Staatssekretär Dr. Solz wie folgt beantwortet worden: Die Regierung ist darüber unterrichtet, daß der größte Teil der Shores der South-West-Africa Co. heute in deutschem Besitz sich befinden soll. Ob dies tatsächlich der Fall ist, entzieht sich indessen ihrer Kenntnis. Die Regierung teilt den Wunsch, daß der Sitz des Unternehmens nach Deutschland verlegt und seine Leitung in deutschem Sinne geführt werde. Jemandwelche Mittel, dies zu erreichen, stehen ihr jedoch nicht zur Verfügung.

Brennen gegen eine reichsgesetzliche Regelung des Submissionswesens.

wb. Berlin, 2. Dezember. In der Sitzung der 5. Kommission des Reichstags zur Regelung des Submissions- und Lieferungswesens gab der Ministerialdirektor Gaspar die Erklärung ab, daß mit Rücksicht auf die neuzeitlichen Erfahrungen des voreisischen Ministers des Handels und der öffentlichen Arbeiten, wonach eine reichsgesetzliche Regelung der Materie nicht möglich ist, die Regierungsvertreter sich auch weiterhin an den Arbeiten der Kommission nicht aktiv beteiligen, sondern nur auf gewünschte Anfragen über die tatsächlichen Verhältnisse Aufschluß geben könnten. Trotzdem beschloß die Kommission, ihre Arbeiten fortzuführen, da sie hofft, zu einem für die Regierung annehmbaren Resultat zu kommen.

Bevorstehender Rücktritt des sächsischen Kriegsministers.

Berlin, 2. Dezember. Der sächsische Kriegsminister, Generaloberst Freiherr v. Hause, wird in absehbarer Zeit seinen Posten verlassen. Als Nachfolger werden genannt Generalmajor v. Carlowitz, ein Freund des Königs von Sachsen, und Generalmajor Edler von der

## Handelsteil.

Die Lage des Hypothekenmarktes.

Als äußerst charakteristisch für die Gesamtlage des Hypothekenmarktes muß es, wie uns das Hypothekengeschäft von Herm. Friedrich in Köln schreibt, bezeichnet werden, daß die Wandlungen, die sich seit Errichtung des offiziellen Zinsstufen am deutschen Geldmarkt Ende Oktober vollzogen haben, gar keinen Eindruck auf das Hypothekengeschäft machten. Hier steht man noch ganz auf dem Standpunkt von Ende September oder Anfang Oktober. Die Gesamtverhältnisse am internationalen Geldmarkt erscheinen durchaus nicht dazu angetan, einer baldigen durchgreifenden Erleichterung am nationalen Geldmarkt die Wege zu ebnen. Wohl ist in der jüngsten Zeit der Privatkredit in Berlin und Frankfurt a. M. bis ganz nahe an die 4 Proz. herum zurückgegangen; wohl ist tägliches Geld noch wesentlich billiger, aber die Verhältnisse im Hypothekengeschäft sind durchaus unverändert geblieben. Die Hypothekenbanken sind durch den stockenden Pfandbriefkredit gegenwärtig kaum weniger lärmgelegt wie im August und September. Reichen Rentnern fällt es gar nicht mehr ein, sich Pfandbriefe anzulegen, sie greifen zu den so außerordentlich billig gewordenen Staatsschulden. Hier haben sie hohe Zins und vor allen Dingen ausreichende Garantie. Aus diesem Grunde haben auch die 2½ proz. Wiener Schatzscheine eine Milliarde Mark Sperrzeichnungen gebracht. Gar viele Pfandbriefbesitzer haben in den letzten Jahren und bis in die jüngste Zeit hinein schon Substationen erlebt bei Objekten, bei denen man es für ganz unmöglich gehalten hätte, daß nicht einmal die erste Hypothek gedeckt werden konnte. Hier gilt auch das Sprichwort: „Ein gebranntes Kind scheut das Feuer!“ Die wenigen Banken, welche für kurze Zeit in die Aktion getreten waren, legen sich schon wieder eine gewisse Reserve auf, dies trotz der hohen Konditionen! Überhaupt waren es zu wenig Institute, die eingriffen und es ist dem dringenden Bedürfnis bis jetzt so wenig abgeholfen wie früher. Weiter muß in Erwägung gezogen werden, daß die Geldverhältnisse sich auch sonst nur in recht geringem Maße wirklich gebessert haben. Exzellenz Havenstein hat sich allerdings äußerst günstig über den gegenwärtigen Status der Reichsbank ausgesprochen, er hat es aber doch für nötig gefunden, auf die immer noch gespannten Geldverhältnisse in Frankreich wegen der bevorstehenden dortigen gewaltigen Emissionen hinzuweisen. Am englischen Geldmarkt bestand Spannung bis in die jüngsten Tage und es war täglich kündbares Geld fest bei Sätzen von 4½ bis 5 Proz. Bei der Bank of England wurden Wochenvorschüsse zu 5½ Proz. aufgenommen und hier dürfte die Spannung bei nächster Gelegenheit eher wieder zu als abnehmen. Aus diesen Gründen und noch anderen ähnlichen Erwägungen hat sich nun Exzellenz v. Havenstein veranlaßt gesehen, zu erklären, daß zu einer weiteren Diskontenrückerstattung der Reichsbank fürs erste nicht geschritten werden kann.

Dass unter diesen Umständen die Konditionen am Hypothekenmarkt unentwegt die gleichen geblieben sind, also 4½ bis 5½ und ½ bis 1 Proz. bis 4 Proz. Abschlagsprovision mit und ohne Pfandbriefstempel-Vergütung kann förmlich nicht wundernehmen. Der Grund hierfür ist eben darin zu suchen, daß weder von Versicherungsgesellschaften noch Sparkassen zurzeit viel zu erwarten ist und die Hypothekenbanken nach wie vor aus gleichfalls oben angeführten Gründen zu Pfandbriefabsatz leiden. Welch ein willkommenes Anlagepapier waren jüngst für die Rentner die 4½ proz. Rumänen

## Wiesbadener Tagblatt.

Planis, der Chef des sächsischen Generalstabes. Kriegsminister Freiherr v. Hause wird in nächster Zeit sein 50-jähriges Dienstjubiläum feiern können.

Die Reichsvermögenszuwachssteuer in der badischen Kammer.

wb. Karlsruhe, 2. Dezember. Bezuglich der jüngsten finanziellen Maßnahmen des Reiches erklärte der Finanzminister in seiner Budgetrede, daß eshoffentlich gelingen werde, die neu eingeführte, 1917 erstmalig zur Erhebung gelangende Reichsvermögenszuwachssteuer, welche die Grenzen des badischen Steuergebietes schon sehr scharf berührte, ohne grundförmige Änderung der Gestaltung der direkten Steuern durchzuführen, und daß der Einfluß dieser Steuer auf die Ertragbarkeit der badischen Einkommens- und Vermögenssteuer sich nicht allzu empfindlich fühlbar machen möge.

Pfarrer Heydorn's Mitgliedschaft beim Monistenbund verboten.

Hamburg, 2. Dezember. (Eigener Drahtbericht des "Wiesbadener Tagblatts".) Das geistliche Ministerium Hamburg hat beschlossen, dem Pastor Heydorn die Mitgliedschaft zum sachsenfeindlichen Monistenbund und jede Tätigkeit für diesen Bund zu verbieten. Seine Presseartikel boten dagegen keinen Anlaß zum Einschreiten.

Die Zustände in Nordmexiko.

wb. Juarez, 2. Dezember. Nach einer Depesche des Generals Villa ist General Morelido mit 2000 Mann Bundesstruppen auf dem Marsch nach Ojinaga an der amerikanischen Grenze. Die Generale Salazar und Orozco haben sich mit 1000 Mann in die Berge zurückgezogen. Hunderte von Einwohnern, darunter zahlreiche Frauen und Kinder, machten sich völlig ausschließlich auf den Weg nach der Grenze. Die Zustände in Chihuahua sind unerträglich. Die spanische Wasserleitung ist zerstört worden, die Lebensmittel sind fast erschöpft. Die Aufständischen haben für eine halbe Million Dollar Lebensmittel und Bekleidungssstücke beschlagnahmt, nachdem die Kaufleute sich geweigert hatten, Wechsel anzunehmen. Auch für hunderttausend Mark bares Geld von der Banco Minere haben sich die Aufständischen angeeignet. Die Verluste sollen durch Versicherung bei englischen Gesellschaften gedeckt sein.

Die unterschlagene Weihnachtsfeste.

wb. Neustadt, 2. Dezember. Der gestern flüchtig gewordene und nachts in seine Wohnung zurückgekehrt Schuhwirt Brodak wurde verhaftet. In seinem Lokal tagte der Sparverein, der ihm die gesammelten Gelder zum Depot und zur Vergütung bei der Brauerei übergab. Als man die Gelder jetzt vor Weihnachten zurückforderte, stellte es sich heraus, daß sie von Brodak veruntreut worden waren. Die Sparter waren durchweg Arbeiterschichten und kleine Gewerbetreibende. Die veruntreute Summe beträgt etwa 1250 M.

zu 91,50 und u. a. auch die 4 proz. Barmer Stadtobligationen, — ein reichsmündliches Papier zu 93,50; die Zukunft für das Hypothekengeschäft scheint somit durchaus noch nicht rosig! Es wird schließlich doch den Banken nichts anderes übrig bleiben, als zu einem 4½ proz. Pfandbrieftyp überzugehen, der dann allerdings mindestens einen 4½ proz. Hypothekenzins zur Folge haben wird. In Betracht muß dabei gezogen werden, daß der Baumarkt noch immer so gut wie vollständig still liegt, einige wenige Bauten ausgenommen, die aber nur in geringem Maße mischprechen. In den meisten Städten Rheinlands und Westfalens steht das Baugeschäft nach wie vor auf dem Nullpunkt, auch in Süddeutschland klagt man ganz außerordentlich.

Berliner Nachbörse.

S. Berlin, 2. Dezember. (Per Ultimo.)

Kreditaktien . . . . .	201—	Kanada . . . . .	229½	Rhein. Stahlw. . . . .	146½
Hand.-Gesell. . . . .	158½	Orientbahn . . . . .	193½	Rombacher . . . . .	148½
Commerzbank . . . . .	107	Meridional . . . . .	105½	Paketfahrt . . . . .	123½
Darmstädts. Bank . . . . .	110	Pennsylvania . . . . .	—	Hans.-Südam . . . . .	169½
Deutsche Bank . . . . .	248½	Henri . . . . .	162½	Hans.-Dampfsh. . . . .	271½
Disk.-Kommand. . . . .	185½	400 Russen (1902)	—	Lloyd . . . . .	119
Dresdner Bank . . . . .	150	Türkenlose . . . . .	168	Dynamit-Trust . . . . .	172
Nationalbank . . . . .	118½	Ausweltz-Friede . . . . .	155½	Naphtha-Nobel . . . . .	408½
Schaffhauser . . . . .	106	Bochumer . . . . .	208½	Allg. Elektrizität . . . . .	247½
Pet. Int. Hdsbk . . . . .	202½	Luxemburgh . . . . .	132½	D.-Uebersee El. . . . .	168½
Lüb.-Bücherer . . . . .	—	Gelsenkirchen . . . . .	177½	Siemens . . . . .	214
Schantungsbahn . . . . .	123½	Harper . . . . .	174½	Schuckert . . . . .	149½
Lomberden . . . . .	22	Hohenlohwk. . . . .	130½	Ges. f. elektr. . . . .	28½
Anatolier . . . . .	118½	Laurahütte . . . . .	140½	Untern. . . . .	157½
Baltimore . . . . .	—	Phoenix . . . . .	233½	South-Westaf. . . . .	115½

Frankfurter Nachbörse.

— Frankfurt a. M., 2. Dezember. Kurse von 1½ bis 2½ Uhr. Kreditaktien 201½, Disconto-Commandit 185½, Dresdner Bank —, Petersb. Int. Handelsbank 104½, Staatsbahn 154½, Lombarden 22 — a 21½, Baltimore und Ohio Nord. Lloyd 119½ a ½, Paketfahrt —, Phoenix 235½ a 23½ a ½, Edison 248—.

Industrie und Handel.

\* Zu den Verbundstreitungen in der Röhren-Industrie. Bei den Verhandlungen über die Bildung eines neuen Röhren-Syndikats sind neue Schwierigkeiten entstanden, indem die Vereinigte Königs- und Laurahütte eine getrennte Abrechnung der Inlands- und Auslandsaufträge verlangte. Da eine Verständigung hierüber nicht erzielt werden konnte, wurden die Verhandlungen vorläufig abgebrochen und eine neue Sitzung für den 5. Dezember anberaumt, in der über diese Frage erneut Beschuß gefaßt werden soll.

\* Selbsthilfe in der Kali-Industrie. Auf der Tagesordnung der nächsten Gesellschafterversammlung des Kalisyndikats, die auf den 5. Dezember angesetzt ist, ist der schon von uns angekündigte Antrag gesetzlich worden: Verpflichtung der Syndikatsmitglieder, neue Schüttungen bis 1920 nicht niederzubringen und während des Syndikatsdauer sich an Kaliuntersuchungen im Ausland nicht zu beteiligen.

\* Ein Verband deutscher Waggonfabriken. In Hannover kam ein Verband deutscher Waggonfabriken zustande. Der Sitz ist in Charlottenburg, der Vorsitzende Geh. Baumf. Fohrey. Der Verband bewirkt eine Regelung des Wettbewerbs. Eine Preiserhöhung soll nicht vorgenommen werden. Dem Verband gehören sämtliche Waggonfabriken an.

\* Einschränkung der Verarbeitung von Jute. Die „Verenigten österreichisch-ungarischen Jute-Industrien“ erhöhten die schon bestehende Einschränkung des Betriebes der Spinnereien und Webereien um weitere 5 Proz.

\* Ein Verband deutscher Schirmgraffabrikanten ist, dem „Conf.“ zufolge, gegründet worden. Dem neuen Verbande

Wittwoch, 3. Dezember 1913.

Mr. 563.

wb. Charlottenburg, 2. Dezember. Im Rathaus begann heute der Kongreß der Zentralstelle für Volkswirtschaft, Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege. Staatsminister a. D. Möller hielt die Eröffnungsrede. Bürgermeister Scholz begrüßte den Kongreß im Namen der Stadt. Das erste Referat hielt Oberbürgermeister Dominicus.

# Berlin, 2. Dezember. (Eigener Bericht des "Wiesbadener Tagblatts".) Der Circus Buch ist von dem Kommissar Schumann gekauft worden. Der Circus Schumann wird bekanntlich von Ernst Reinhard am 1. April nächsten Jahres übernommen.

## Briefkasten.

(Die Schriftleitung des Wiesbadener Tagblatts dankt mit herzlichen Anträgen im Briefkasten und über eine Redaktionshilfe: Beiträge können nicht angenommen werden.)

H. B. 26. Ihre Schwester ist unseres Erachtens verlobungsprägnant und will von Ihnen zur Christmette einladen. Räther erfahren Sie auf dem Bureau der Leiter.

H. B. Englisches Kilometer gibt es nicht. Ein Kilometer sind immer 1000 Meter. Mile ist das griechische Wort für tausend. Eine englische Meile = 1,6 Kilometer.

Baubaglit. Der Baubaglit und Chirurgie-Bagaglit. Berlin und der Allg. Anzeiger für Sozial- und Bagaglit.

E. Die Gelegenheitsarbeiter unterliegen als sogenannte unständige Arbeiter der Krankenversicherungspflicht. Sie haben sich selbst bei der Krankenflosse anzumelden.

Zigaretten. In Berlin erscheint „Die Zigarette“ und „Der deutsche Zigarettenhändler“. In Köln die „Westdeutsche Zigarettenbündler-Zeitung“.

**Reklamen.**

Immer mehr wird Tee, namentlich in den kraftigen Sorten, als tägliches Getränk bevorzugt. Von

## MESSMER's TEE-MISCHUNGEN

setzen sich London Tee à M. 2,60 und Englische Mischung à M. 3,20 das Pfund zum grossen Teil, Ceylon Indian à M. 2,80 und FF Ceylon Indian à M. 3,50 das Pf. fast ausschliesslich aus feinen britisch-indischen Tees zusammen. Diese vier Mischungen verdienen ihres Wohlgeschmacks, ihrer Feinheit und großen Ergiebigkeit halber ganz besondere Beachtung.

(Fa. 2727) F 146

Der heutigen Gesamtlaufage liegt ein Prospekt der Firma Schwartau und Seidel, Zuckfabrik u. Vertrieb, in Ehrenberg N./R., bei.

F 175

haben sich 90 Proz. aller in Betracht kommenden Schirmgraffabrikanten angeschlossen. Der enge Zusammenschluß der Schirmgraffabrikanten ist eine Folge der vor einiger Zeit zu stande gekommenen Konvention und Preiserhöhung der Vereinigung der Schirmgraffabrikanten Deutschlands.

\* Dividendenschätzungen. In ihrem letzten Wochenbericht veröffentlicht die Berliner Handelsgesellschaft u. a. folgende Dividendenschätzungen für 1913: Rügenswerke 12½ Proz. (wie i. V.), C. D. Magirus A.-G. 12 Proz. (wie i. V.), Zellstofffabrik Waldhof 15 Proz. (wie i. V.), „Consolidation“ Bergwerks A.-G., etwa 25 Proz. (wie i. V. 23), A.-G. für Glasindustrie vorm. Friedr. Siemens 15 Proz. (wie i. V.), Baumwollspinnerei Erlangen 10 Proz. (wie i. V.), Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft 11 Proz. (wie i. V.).

\* Waggonfabrik A.-G. vorm. P. Herbrand u. Co. in Köln. Die Dividende ist bei dem Unternehmen mit 9 Proz. vielleicht auch ein wenig höher (i. V. 9 Proz.) in Aussicht zu nehmen.

## Versicherungswesen.

\* Gothaer Lebensversicherungsbank a. G. Die Dividende hat in den letzten 5 Jahren (1909 bis 1913) gleichmäßig 26,4 Proz. der Normalprämie, 15,8 Proz. der Zusatzprämie, 2,6 Proz. der Prämienreserve betragen und ist damit schon über die Sätze hinausgegangen, die bei Einführung des Dividenden-Systems in Aussicht gestellt wurden. Infolge höheren Zinssstandes und auch sonst günstiger Überschussverhältnisse ist die Bank in der Lage, zunächst für das Jahr 1914 28 Proz. der Normalprämie, 17,9 Proz. der Zusatzprämie und 2,7 Proz. der Prämienreserve zu verteilen. Hieraus ergibt sich eine weitere nicht unerhebliche Verbilligung der bisher schon außerordentlich mildigen Versicherungskosten.

## Schiffs-Nachrichten

Über Bewegung und Ankunft der Dampfer vom 27. November bis 2. Dezember.

# Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

"Tagblatt-Haus".

Schalter-Raße geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Geburz:

"Tagblatt-Haus" Nr. 6650-55.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntags.



Bezugspreis für beide Ausgaben: 20 Pf. monatlich. Nr. 2 - zweitgleichzeitig durch den Verlag  
Borsig & Co., seine Druckerie. Nr. 2 - zweitgleichzeitig durch alle deutschen Buchdruckereien ausländisch  
vertrieben. Bezugsp. Bekleidungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Städtische Bü-  
cherei 22, sowie die Ausgabenstelle in allen Teilen der Stadt; in Biebrich die dortigen Aus-  
gabestellen und in den benachbarten Landorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.

Anzeigen-Preis für die Seite: 15 Pf. für lokale Anzeigen im "Arbeitsmarkt" und "kleiner Anzeiger"  
in einzelner Ausgabe; 30 Pf. in dauer abwechselnden Seitenabteilung, sowie für alle übrigen losen  
Anzeigen. 30 Pf. für alle ausländischen Anzeigen; 1 M. für lokale Zeitungen; 2 M. für ausländische  
Zeitung. Eine halbe, doppelte und vierfache Seiten, durchlaufen, nach besonderer Berechnung.  
Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in den ersten Preis zu vernehmen entsprechender Rabatt.

Zeitung-Ausgabe: Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr mindestens für die Morgen-Ausgabe bis 8 Uhr nachmittags. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin SW. 61, Teltower Str. 16, Fernspr. Amt Lübeck 5788. Für die Rechnung von Anzeigen an vorgezeichneten  
Adressen für die Morgen-Ausgabe bis 8 Uhr nachmittags.

Mittwoch, 3. Dezember 1913.

## Abend-Ausgabe.

Nr. 564. • 61. Jahrgang.

### Das Finanzerposé des Schatzsekretärs.

○ Berlin, 2. Dezember.

Das Bild, das der Schatzsekretär Kühn in seiner heutigen Staatsrede entwarf, ist in sehr gemischten Farben gehalten. Hell und Dunkel lösen sich immer wieder ab, und wenn es die Absicht des Schatzsekretärs war, bald Hoffnungen zu erweden und bald sie wieder zu dämpfen, so kann man sagen: dies Vorhaben wurde durch seine Rede in mühsamer Weise verwirklicht. Herr Kühn hieß es für möglich, daß der Wehrbeitrag, dessen Ertrag im Sommer auf annähernd 1200 Millionen gefestigt worden war, diese Summe sogar noch übersteigen könnte, eine Ankündigung, die von verschiedenen Seiten des Hauses mit ehrhaften Zustimmungsrufen aufgenommen wurde. Aber unmittelbar an diese verlockende Ausmalung des wirtschaftlichen Fortschritts knüpfte der Schatzsekretär die abschließende Bemerkung, es könne wohl auch anders kommen, das Schlussergebnis der Einschätzung zum Wehrbeitrag könnte sich ungünstiger gestalten, als ursprünglich angenommen wurde. Und sofort benutzte der Redner die Gelegenheit, um seine Überzeugung auszusprechen, daß die Steuerkraft der Nation für die nächsten Jahre nur in schonender Weise werde beansprucht werden dürfen, und daß die ganze Kunst der Finanzierung nötig sein werde, um in einer Beschränkung der Reichsausgaben auf das Wesentlichste zu gelangen. Herr Kühn sagte mit anderen Worten also ungefähr dasselbe, was Frhr. v. Hartung längst im bayerischen Landtag mit vielbemerter Bestimmtheit gesagt hatte, nämlich, daß dem deutschen Volke nach den schweren Opfern für die Verstärkung der Wehrkraft nicht sobald neue Opfer zu zahlen seien. Der Schatzsekretär unterließ es allerdings die Nyanzen seiner Empfehlung der größtmöglichen Sparfamilie grade auf See und Flotte zu ziehen, aber es liegt in der Natur der Verhältnisse, daß nur diese Ressorts oder sie in erster Reihe gemeint sein könnten, denn für andere Zwecke werden die Reichsfinanzen im allgemeinen nicht in erheblichem Umfang in Anspruch genommen. Ebenso wie der Schatzsekretär bei der Erörterung der Wehrbeitragsfrage freundliche und weniger freundliche Richter auffielte, behandelte er auch die Frage der wirtschaftlichen Gesamtlage. Er entwarf ein glänzendes Bild von dem Aufschwung des Wirtschaftslebens, von der ehemaligen bedeutenden Steigerung der Ausfuhrziffern, die es sogar ermöglichen konnten, daß die deutsche Handelsbilanz in einzelnen Monaten aus der herkömmlichen Passivität zur Aktivität überging. Dieser Umschwung braucht nun freilich kein zwingendes Zeugnis wachsenden Gediebens zu sein, denn gerade die kapitalistischsten und industriereichsten Länder, England voran, sind von alterher Staaten mit passiver Handelsbilanz gewesen, worin sich das gesunde Verhältnis ausdrückt, daß diese Länder eben wegen ihrer gesteigerten Produktionsfähigkeit eine um so viel größere Einfuhr von Rohstoffen haben, welcher eine um so eindrücklichere Ausfuhr von Herstellungsfabrikaten gegenübersteht. Aber vorweggehend kann eine aktive Handelsbilanz wohl auch einen Fortschritt bedeuten, und insofern würde die Genehmigung des Redners über die gegenwärtige Lage des deutschen Marktes berechtigt sein. Indessen hatte Herr Kühn manche Feststellungen zu machen, die das angenehme Bild wieder in Verwirrung brachten. Er konnte und wollte nicht leugnen, daß auch Anzeichen eines Aufwärts der Erwerbstätigkeit zu beobachten sind, eine Wahrnehmung, die übrigens jeder im Erwerbsleben stehende schon an der bedenklichen Verstärkung des Kredits machen kann. Dasselbe Motiv der Rede blieb somit die stets ernste Mahnung zur Sparfamilie; und diese Mahnung richtete Herr Kühn an alle, die es angeht, an die Bevölkerung ebenso wie an Bundesrat und Reichstag. Mit anderen Worten, die Periode der militärischen Bewilligungen ist aufgelaufen. Die dringende Empfehlung zur Einschränkung geschah selbstverständlich im Namen des Reichskanzlers. Wie nötig Herrn Kühn die Frist des Mahntexts erscheint, das zeigte sein heiter-beflommenes Bedauern darüber, daß die Finanzverwaltung mit Überschüssen zu rechnen hat. Denn solche Überschüsse seien nur der Antrieb zu abnormalen dauernden Forderungen, für die es dann später keine Deckung gebe. Das Haus nahm dies ungewöhnliche Bekanntnis mit vergnügtem Interesse entgegen.

### Professor Alfred Weber über den Arbeitswillenschutz.

Im Reichsverein der liberalen Arbeiter und Angestellten in Berlin sprach am Montagabend der Heidelberg Professor der Volkswirtschaft Alfred Weber über die Frage des Arbeitswillenschutzes. Da das Thema in der neuen Reichstagsession im Mittelpunkt der Erörterungen stehen wird, geben wir im nachstehenden eine Zusammenfassung der Ausführungen des ausgezeichneten liberalen Heidelberg-Volkswirtschaftslehrers, die uns die richtige Antwort auf die schärfmächerischen Forderungen zu geben scheinen, nach dem Bericht unserer Berliner Redaktion wieder:

Es gibt Schieds- und Gesetzbene. Manche übersehen diese Wirkung nicht. Es gibt es auch bei der Frage des Arbeitswillenschutzes Leute, die die Bewegung angefangen haben, und andere, die sich vom Strom treiben lassen. In den über Jahren tauchte der Gedanke des Streikbeschreibens auf. Und zwar bei einer besonderen Richtung der Unternehmer, nämlich dem Zentralverband deutscher Industrieller. Diese Richtung hat aber bisher im Reichstag immer Niederlagen erlitten. Allerdings ist jedoch eine Änderung in der Sichtung eingetreten. Auf der Leipziger Tagung haben bekanntlich die Mittelstandervereinigung, der Zentralverband deutscher Industrieller und der Bund der Landwirte sich zusammengetan. Es handelt sich bei ihnen um die sog. Aufrechterhaltung der Autorität im Wirtschaftsleben. Diese Autorität stellen sie in den Mittelpunkt der augenblicklichen Politik. Unmittelbar darauf hat die nationalliberale Partei auf ihrem Vertretertag in Wiesbaden eine Kommission eingesetzt. Aber ehe noch die Kommission ihre Arbeit vollendet hat, hat bereits die Partei der Arbeitswillenschutz Pausagen auf ihr Programm gesetzt. Dann ist auch der Hansabund gekommen und hat diese Aufgabe zur wichtigsten der kommenden Reichstagsession gemacht. Die Regierung muß aber jetzt Stellung nehmen und hat diese Stellungnahme, wie verlautet, schon eingelegt. Die innerpolitische Lage ist in eine neue Phase getreten.

Die Stellung zum Koalitionsrecht hat überhaupt bei uns im letzten halben Jahrhundert zwei Phasen durchlaufen. Auf der ersten Phase hat man es angenommen, nur weil man glaubte, man könne es nicht ablehnen, daß wirtschaftliche Leben müsse unbedingt frei sein. Der frühere Liberalismus empfand es als Störung, als eine Art von Widerstand gegen die von Gott eingesetzte Arbeit. Man hatte Angst vor dem Koalitionsrecht und umgab das Recht mit allerlei Stacheln. Allerlei kleinliche Gefängnisstrafen wurden festgesetzt, wenn die Arbeiter unumstrickt von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch machten.

Nach der ersten Stufe folgte eine zweite. Man gab das Koalitionsrecht als etwas Berechtigtes zu. Man ließ den Rat, der bis dahin auf dem Gebrauch des Koalitionsrechts ruhte, fallen. Aber diejenigen, welche sich nicht koalierten, stellten man als gleichberechtigt daneben. Man empfand den Druck der Organisation als Einengung. Man beanspruchte den Schutz der persönlichen Freiheit für die, welche dagegen austreten. Diese zweite ideologische Stufe ist heute am meisten verbreitet. Sie ruht auf sehr erregbaren Gefühls-elementen. Man kann leicht auch alle am Wirtschaftsleben nicht interessierten dafür gewinnen, daß sie mithelfen sollen, die Freiheit des Individuums zu schützen.

Wenn man die Frage des Arbeitswillenschutzes aus dem rechtlichen Rahmen herausläßt, ergibt sich folgendes: Wo stehen wirkliche Realitäten? Diese sind gegeben durch Ihr Einstellung in den Kampf zwischen Arbeit und Kapital. Dieser Kampf hat drei Stufen durchlaufen. Auf der ersten Stufe gab es nur wenig Organisierte, und die ganze Frage war nicht dringend. Seit 1890 entwidmet sich eine zweite Stufe, auf der die Arbeiter in der Organisation den Unternehmern eine Zeit lang überlegen waren. Auf der dritten Stufe organisierten sich auch die Unternehmer sehr stark, und man hat jetzt zwei gleichberechtigte Gruppen. Die Frage des Arbeitswillenschutzes touchiert auf. Wir beladen die Arbeiter in Bielefeld und Oeynhausen und dann die Zuchthaus-vorlagen. Der damalige Feldzug aber mißlang. Ich warfen die Unternehmer sich auf Selbsthilfe, und zwar in doppelter Hinsicht. Man schuf einen Apparat von Arbeitsnachweis, die den Arbeitsmarkt beherrschen sollten. Sodann begündete man, um den Arbeitsmarkt gebürgt auszumachen, eine Scheinorganisation in den gelben Gewerkschaften. Beide Wege haben den Unternehmern eine große Überlegenheit verschafft. Seit der Zeit haben die Arbeiter große Kämpfe gegen die Unternehmer nicht mehr durchsetzen können. Es gibt sogar Länder, wie die Vereinigten Staaten, wo es gelungen ist, das Streikostensteuer zu verbieten. Schon heute aber kann bei uns die Polizei das Streikostensteuer verbieten wegen allerlei Verstöße. Man will die Wirkung des Koalitionsrechts dadurch eindämmen, daß es den Arbeitern unmöglich gemacht wird, an das Solidaritätsgefühl der Massen bei einem Streik zu appellieren. Der nächste Programmpunkt verlangt eine Ergänzung der §§ 240 bis 241 der Gewerbeordnung im Sinne einer schärferen Auslegung. Man will die Nötigung und Erpressung viel feiner fassen und härter bestrafen. Schon heute wird jeder, der einem anderen durch Drohungen, körperlichen Zwang usw. einer Vereinigung beizutreten veranlaßt, mit Gefängnis bestraft. Schon heute scheuen sich die Gerichte gar nicht, mit der größten Strenge zu verfahren. Beim letzten

Vergreiterstreit im Ruhrgebiet sind 30 Jahre, 11 Monate und 4 Wochen Gefängnis verhängt worden wegen allerlei oft sehr geringfügiger Ausschreitungen. Wegen Schlägerei wird sogar Landsiedensbruch angenommen. In Stolp ist jetzt jemand deshalb zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt worden, ohne daß die geringste unrechtfertige Handlung dabei vorlag. Schon auf dem Ausdruck Streikbrecher, daß weiß man, ruht Gefängnis. Dagegen, wenn Arbeitswillige mit Widereln geschlagen haben, so hat man das als harmloses Verfahren bezeichnet. Was dahinter steht, ist dies, daß der Koalitionsgedanke an der Wurzel getroffen werden soll. Bissher hat die Regierung eine Verschärfung abgelehnt. Teils, weil ihre Gesetze genügen, teils weil im neuen Strafgesetzbuch die Dinge ohnehin neu geregelt werden. Jetzt will man aber bis dahin nicht mehr warten. Es handelt sich hier um die Tendenz, die freie Bewegung der Arbeiter und Angestellten völlig einzuschränken und in unser Staats- und Wirtschaftsleben einen wirtschaftlichen Kulissen einzuführen. Die Autorität der Unternehmer soll zu einer Art Gesetz gemacht werden.

Unser wirtschaftliches Leben verlangt in jeder Beziehung, daß wir zu einer dritten Stufe des Koalitionsrechts kommen. Diese Stufe ist die Voraussetzung zur Beantwortung der Frage: Wie stellen wir uns zum Koalitionszwang? Es ist durchaus natürlich, wenn auf Seiten der Arbeiter Koalitionszwang vorhanden ist. Die Arbeiter haben das Recht, geschlossene Werkstätten herzustellen, und vor solchen Zuständen fürchten sich die Unternehmer, und hier ist auch die öffentliche Meinung noch etwas ängstlich. Es ist natürlich ein interessantes Buch von dem Geheimrat im Reichsamt des Innern Dr. Kestner geschrieben worden, der die große Erörterung über diese Fragen bearbeitet hat. Er hat ausgeführt, daß der Koalitionszwang die andere Seite der Monopolbestrebungen in unserem Wirtschaftsleben ist. Unser gesamtes Wirtschaftsleben drängt hin auf Zusammenfassung. Bei den Unternehmen sind diese Bestrebungen viel stärker, bedenklicher und mannigfaltiger. Sie verhängen eine Materialsperrre über die Kollegen, die sich nicht fügen, sie graben ihnen den Blutlauf des Kapitals ab und sie vernichten ihnen die Absatzquellen. Dabei haben die Gerichte diese Druckmittel als gesetzlich anerkannt. Sie halten es für zulässig, wenn die Unternehmer völlig unfreiwillig werden und man sie einfach zwinge, einem Ring anzugehören. Vertragsverlängerungen sind da zulässig. So hat fürstlich ein schleswig-holsteinisches Kartell sich noch rühmen dürfen, daß es drei Unternehmer ruinirt hat. Auch Herr Kestner erkennt an, daß man die Organisationsbestrebungen der Arbeiter eben so schützen muß wie die der Unternehmer. Auch bei den Arbeitern dränge alles hin zum Monopol. Der frühere Standpunkt, daß die Nichtorganisierten den Organisierten gleichberechtigt wären, sei zu verworfen. Sie sind minderwertig, weniger tüchtig, nicht aufgeweckt und nicht aufsichtsfähig. Es sind gefallene Elemente, eine Anomalie im Wirtschaftsleben. Bei den Arzten ist das heute völlig anerkannt. Die Arbeiter haben ein Recht, einen idealen Gang zur Organisation auszuüben. Den Unternehmen andererseits sind schwarze Listen zu verbieten, weil diese ein verwerfliches Mittel sind. Zum Schlus wendete sich Professor Weber sehr scharf gegen den Staatssekretär des Innern, der noch im vorigen Jahr gesagt hat, es sei erlaubt, wenn man die Arbeiter zum Austritt aus der Organisation zwinge. Die wichtigste Forderung im Kampf zwischen Arbeiter und Arbeitgeber ist, so schloß er seine witzigen Ausführungen, gleiches Recht für alle.

Zweiter Referent war Arbeitsselbstfür Erkeleng. Er begründete folgende Entschließung, die einstimmig angenommen wurde:

Die Versammlung lehnt mit Entschiedenheit den sogenannten Arbeitswillenschutz ab. Die liberalen Arbeiter und Angestellten wollen ihre Arbeitersfreiheit sich selbst erlangen und bedürfen dazu nicht der Ausnahmegesetze. Der ganze Stolp stellt nur eine Fortsetzung der politischen Realität dar. Die beste Antwort auf diese fortwährenden Belästigungen besteht in einer Sammlung aller Kräfte, die eine Weiterführung der Sozialreform wünschen. Wir brauchen eine Sozialreform, die die großen Gegenseite in der Gesellschaft bestimmmt und für die wirtschaftliche geistige und fiktive Verbesserung der unteren Bevölkerungsschichten wirkt. Im Gegensatz zur bisherigen durchsetzlichen Sozialreform muß die Sozialpolitik der Zukunft mehr auf die Heranziehung der lebendigen Kräfte der Selbstverwaltung bedacht sein. Wir fordern weiter eine Ausdehnung der politischen Freiheit, Anerkennung der Arbeiter und Angestellten in Staat und Gemeinden, besonders durch durchgreifende Reformen des preußischen Landtagswahlkreises und eine Neuordnung der Reichstagswahlkreise. In dem Aufbau der politischen Freiheit liegt die Sicherung vor reaktionären Maßnahmen, wie sie jetzt angebahnt werden.

### Die Vorgänge in Sabern.

Die offizielle Darstellung über den neuesten Zwischenfall. wh. Berlin, 2. Dezember. Über den in der heutigen "B. J. am Mittag" veröffentlichten Vorfall in Detmold erhalten wir von zuständiger Seite folgende Darstellung: Leutnant v. Borstner wurde heute morgen bei Detmold während einer Übung beschimpft. Bei dem Versuch der Zeugnahme drohte der Fabrikarbeiter v. W. dem Gerichtsbeamten, der die Schimpfenden verfolgte: "Warte Junge, gleich wirst du gemehlt!" Dabei griff er in die Tasche, in der nachher ein Messer gefunden wurde. Als Wank nun festgestellt werden sollte, ob dem Besitzten W. mit der Faust ins Gesicht und stürzte sich auf Leut-

nant v. Fortschr. Dieser zog den Degen und schlug Blank über den Kopf. Nun ließ dieser sich festnehmen. Er hat eine 10 Zentimeter lange Wunde am Kopfe. Blank wurde dem Bürgermeister von Dettweiler übergeben. (Notiz des Wolffbüros: Der Vorfall hat sich also wesentlich anders zugetragen, als die oben erwähnte Veröffentlichung darstellte.)

#### Eine neue Mahnung an die Bevölkerung.

Sabern, 3. Dezember. Der Kreisdirektor erlässt durch Amtsblatt und Anschlag neuerdings einen Aufruf, in dem er die Bürgersicherung eindringlich ermahnt, sie möge doch Ruhe bewahren und auf hören, gegen die Offizielle Bekleidung zu feuern. Auch möchten die besonnenen Elemente dazu beitragen, die Beute vor der Begehung von Ausschreitungen zu warnen.

#### Der kaiserliche Vermittler.

Sabern, 3. Dezember. Der gestern hier aus Straßburg eingetroffene Generalmajor Kühne hatte im Laufe des Vormittags eine Konferenz mit dem Kreisdirektor Mähl und ist nachmittags 1 Uhr wieder nach Straßburg zurückgekehrt.

#### Oberst v. Reuter nun doch pensioniert?

Berlin, 2. Dezember. Wie die „Nat. Stg.“ erübrigt, ist die (schon angeläufige) Pensionierung des Obersten v. Reuter beschlossene Sache.

#### Die Protestbewegung.

##### Eine Kundgebung elzäffischer Bürgermeister.

Strassburg i. E., 3. Dezember. Die Bürgermeister der Mittelstädte Elzäff-Lothringens hielten hier gestern im Landtagsgebäude eine Versammlung ab, in der sie angeklagt der Vorgänge in Sabern ihre Sympathie für diese Stadt und ihren Bürgermeister bekundeten. Die Versammlung nahm eine Resolution an, in der die Befürchtung ausgesprochen wird, daß durch das Verhalten des Militärpartei das Staatsinteresse in unverantwortlicher Weise schwer geschädigt werden sei. Die Versammlung stellte fest, daß seitens des Kommandos der Garnison Sabern ein schwerer Eingriff in die Polizeigewalt des Bürgermeisters unter Verleihung der Landesgesetze verübt worden sei. Zum Schluß wurde der Erwartung Ausdruck gegeben, daß der allen Bürgermeistern auf Grund ihrer Ernennungs-Urkunden namens des Kaisers zugesicherte Schutz bei der Ausübung ihrer Besognisse seitens der Militärbehörde respektiert werde.

##### Eine Entschließung der Fortschrittlichen Volkspartei.

Strassburg i. E., 3. Dezember. Gestern abend fand nun auch eine vom Strassburger Fortschritts-Verein veranstaltete große Protestkundgebung gegen das Vorgehen der Militärverwaltung in Sabern statt. Es wurde in der von etwa 3000 Personen besuchten Versammlung nach vielfachen Beifallskundgebungen während der Reden des Reichsanwalts Hugo Weil und des Abgeordneten Wolf folgende Entschließung gefasst: Die vom Strassburger Fortschritts-Verein einberufene und von etwa 3000 Personen besuchte öffentliche Versammlung mitbilligt auf das entschiedenste die bisherige Art der Behandlung der Saberner Vorgänge und protestiert gegen die dauernd provokatorische Haltung der militärischen Instanzen sowie gegen den in der Verleihung der persönlichen Freiheit und des Haftstreichens bestehenden unerhörten Rechtsbruch. Die Versammlung bedauert, daß die elzäff-Lothringische Regierung es bisher an der allgemein erwarteten Bekundung ihrer Solidarität mit der Bevölkerung gegenüber dem Vorgehen des Militärs hat fehlen lassen und erwartet, daß sie ihr Bleiben im Amt abhängig gemacht hat von der restlosen Beobachtung des gellenden Geschehe auch durch das Militär und von der völligen befriedigenden Genugtuung für die geschehenen Rechtsverletzungen. Auf jeden Fall erwartet sie vom Reichskanzler, Bundesrat und Reichstag, daß diese für ungesäumte Herstellung des schwer gestörten Rechtsfriedens sorgen werden und daß die Achtung vor den gelinden Gesetzen jedermann gegenüber erzwingen wird. Die von allen Bevölkerungsschichten gleichviel welcher Abstammung befindete Einigkeit gegenüber den unerhörten Vorgängen wird freudig bevollkommen als Zeichen ge-

wünschten Zusammenarbeitens und für eine gedeihliche Entwicklung unseres Heimatlandes Elzäff-Lothringen.

#### Die Haltung der reichsländischen Presse.

Strassburg, 3. Dezember. (Eigener Bericht des „Wiesbadener Tagblatts“.) Die Presse kommentiert eifrig das Verhalten der Bürgerversammlung und stellt fest, daß diese bisher durchaus vertrugt. Die Presse allein habe sich bisher der beleidigten und beschimpften Bevölkerung engenommen. Die elzäff-Lothringische Regierung habe noch heute das erste Wort zum Schutze der Bevölkerung zu sprechen. Die Presse untersucht sodann die tiefen Ursachen der Vorfälle und stellt fest, daß die Bürg- und Militärbehörden seit geraumer Zeit keine Führung unterhalten haben. Die Stadtverwaltung von Sabern will zurücktreten, wenn sie nicht völlige Genugtuung erhält.

## Der Sturz des Kabinetts Barthou.

#### Die entscheidende Sitzung.

Paris, 2. Dezember. Die Kammer setzte heute die Beratungen über die Anleihe fort. Zur Beratung stand heute die Unantastbarkeit, resp. Unbesteuerbarkeit der Bündelcoupons. Caillaux griff das Ministerium scharf an. Er sagte, daß noch nie ein Ministerium die Unantastbarkeit der Bündel gefordert hätte. Dasjenige scheine nur von dem Wunsche bestellt zu sein, die Anleihe unterzubringen.

Hierauf ergriff der Finanzminister das Wort. Er zählte zunächst alle Staaten auf, die seit 50 Jahren Anleihen emittiert und auf Obligationen Steuerfreiheit zugesagt haben. Die Rente sei für die Inhaber wie eine Banknote, die noch Binsen bringe. Die Sitzung dieses Abends sei also entscheidend für die Renteninhaber. Unter lebhaften Unterbrechungen der äußersten Linken erklärte er, die Entscheidung der Kammer gehe ebensoviel die alten wie die neuen Rententitel an und werde für den Bündelzins der Anleihe von Wichtigkeit sein. Er werde jedenfalls die Verantwortlichkeit für die Anleihe nicht übernehmen, wenn ihre Steuerfreiheit nicht klipp und klar ausgesprochen werde. Der Später müsse wissen, was man ihm verlasse.

Der von der Regierung unter Stellung der Vertrauensfrage genehmigte Zusatzantrag Delpiertes wurde dann mit 200 gegen 263 Stimmen abgeschlagen. Das Abstimmungsergebnis wurde auf der ganzen Linke mit stürmischem Beifall aufgenommen. Die Sozialisten riefen: „Nieder mit dem Dreijahresgesetz!“

Barthou überreichte darauf alsbald dem Präsidenten Poincaré die Demission des gesamten Kabinetts.

#### Die Annahme der Demission.

Paris, 3. Dezember. Bei seinem Empfang durch den Präsidenten Poincaré legte Barthou dar, daß das Ministerium nach der Ablehnung des Antrags Delpiertes zurücktreten müsse. Nach einer Besprechung der politischen Lage nahm Poincaré die Demission an, wobei er den Ministern seinen lebhaften Dank für ihre Zusammenarbeit und für ihre Anstrengungen aussprach. — Poincaré wird morgen Barthou empfangen, mit welchem er sich besonders über die politische Lage zu unterhalten wünscht. Gleichzeitig wird er Dubois und Deschanel empfangen. Es sei wenig wahrscheinlich, daß Poincaré bereits morgen die Persönlichkeit, der er die Bildung des Kabinetts anvertrauen will, zu sich rufen lassen wird.

#### Die nächsten Folgen.

Paris, 3. Dezember. (Agence Havas.) Die Ministerfraktion schafft nach Ansicht verschiedener politischer Persönlichkeiten eine erneute Lage und hat zur Folge, daß die Verwirklichung der Anleihe auf unbestimmate Zeit verzögert werden wird, während die Notwendigkeit, die außerordentlichen Ausgaben zu bestreiten, eine solche Operation unverzüglich erfordert. Andererseits kann man sich fragen, ob der Kredit nicht durch die mehr oder minder naheliegende Aussicht auf die Einführung der Besteuerung der Rente ungünstig beeinflußt werden wird. Von politischen Standpunkt aus schafft die französische Sonderheit für die Aussichten der Majorität, da die Majorität sich aus Elementen zusammensetzt, die nicht gewillt sind, alle mit der Regierung zusammenzuarbeiten. Die einen wollen Barthou wegen des Dreijahr-

gesetzes stürzen; die anderen halten es ihm nicht verziehen, daß er jüngst in der Kammer den Wahlreformentwurf aufrechterhalten habe. Der glänzende Eindruck, sein Mut und die Energie, die Barthou unter diesen Umständen zeigte, sind zu bewundern.

#### Der mutmaßliche Nachfolger Barthous.

Paris, 2. Dezember. Über die Nachfolgerfrage Barthous werden vorläufig mehr oder weniger willkürliche Vermutungen ausgesprochen. Von den Radikalen wird behauptet, daß Präsident Poincaré dem parlamentarischen Brauche gemäß genötigt sein werde, Caillaux als den Führer der siegreichen Opposition mit der Neubildung des Kabinetts zu betrauen, doch wird namentlich in gemäßigten-republikanischen Kreisen befürchtet, daß Poincaré sich dazu entschließen werde. Mehrfach werden der Senator Duméril, welcher mit dem Präsidenten der Republik persönlich befreundet ist und Anhänger bei den Radikalen genießt, sowie der Senator und Eigentümer des „Petit Parisien“, John Dupuy, welcher kirchlich in seinem Staate energisch für eine Vereinigung aller linksrepublikanischen Gruppen eingetreten ist, als die Persönlichkeit bezeichnet, die Poincaré an die Spitze der Regierung berufen würde. Das Gerücht, daß Poincaré auch an die Möglichkeit eines Ministeriums Briand denkt, wird als sehr unglaublich bezeichnet. Im Hinblick auf die Haltung Briands in der Verhältniswahlfrage, die ihn schon einmal zum Rücktritt zwang, sowie auf seinen persönlichen Kontakt mit Caillaux würde ein von Briand geleitetes Ministerium nicht als lebensfrämig angesehen. (Vergl. „Zeitungsbücher“.)

## Die Botschaft Wilsons.

Washington, 2. Dezember. Präsident Wilson verließ heute im Kongreß eine Botschaft, in der er sagte: „Unser Land ist, wie ich darüber sagen kann, mit der ganzen übrigen Welt in Frieden. Darüber hinaus hat das Staatsdepartement im Prinzip die Zustimmung von nicht weniger als 31 Nationen, die vier Fünftel der Bevölkerung der Welt repräsentieren, zur Verhandlung über Verträge gewonnen, unter welchen alle Meinungsverschiedenheiten über Fragen der Interessen oder der Politik, welche durch die Diplomatie auf gewöhnlichem Wege nicht gelöst werden können, vor ein von den Parteien gewähltes Tribunal gebracht werden sollen, das sie öffentlich besprechen und über sie Vertrag erlassen wird, bevor eine der Parteien sich über ihr weiteres Vorgehen schlüssig macht.“

Der Präsident wandte sich dann der megalomatischen Frage zu, wobei er erklärte: „Es kann keine sichere Aussicht für den Frieden in Amerika geben, bis General Huerta seine angemachte Autorität in Mexiko aufgegeben hat und bis man sich überall darüber klar geworden ist, daß die Vereinigten Staaten derartige angebliche Regierungen weder billigen noch mit ihnen verhandeln werde. Die vollständige Isolierung Huertas schreitet immer mehr fort. Der Zusammenbruch ist nicht fern. Wir werden, wie ich glaube, nicht gewusst sein, unsere Politik des machtvollen Abwärts zu ändern.“

Der Präsident trat dann kurz, aber eindringlich für die Reform des Bank- und Raumausgleichssystems ein. Im Anschluß hieran wies der Präsident auf das System des landwirtschaftlichen Kredits hin, das sich in Europa entwidmet hat. Sodann wandte sich der Präsident dem Großgeschäft zu und erklärte, daß die Bildung von Privatmonopolen wirksamer verhindert werden müsse. Mit Bezug auf das Wahlrecht trat der Präsident dafür ein, daß die Aufstellung von Präsidentschaftskandidaten durch Primärwahlen im ganzen Lande erfolgen sollte, doch wollte er die Parteienbünde nicht aufgeben, die das Resultat ratifizieren und das politische Programm aufstellen sollten.

Weiterhin ging der Präsident auf das Verhältnis der Vereinigten Staaten zu Porto Rico, Hawaii und den Philippinen ein, und erklärte, diese Territorien könnten nicht als einfache Besitzungen betrachtet werden. Sie könnten nicht länger in eigenmächtiger Weise ausgenutzt werden, sondern müssten im Interesse der Völker verwaltet werden, die

tiefe Kraft des Glaubens, dasselbe Leben, wie es aus Michel Angelos Prophetengestalten uns entgegenströmt, und doch ein anderes, indem auch hier die Seele den Leib bildet und meiste, eine andere Welt hinter der Erscheinung sich findet.

Die so charakterisierten Werke traten uns nun selbst in ihrer monumentalen Größe entgegen. So hatte der Redner, den der starke Beifall seiner Hörer lohnte, auch diesmal wieder ein mächtiges Gebiet großer Kunst mit uns durchmessen. Wir fühlten wieder, wie viel uns diese Botschaft eines Kunstschriftstellers bedeuten, der zum Redner geboren ist, dessen ganz universale, die Kunst immer in innigster Verbindung mit dem gesamten menschlichen Geistesleben erfassende, von trodener Gelehrsamkeit weit entfernte Betrachtungsweise gerade dem gebildeten Laien ein tieferes Verständnis zu erschließen vermag. Hoffen wir, daß er auch im nächsten Jahre wieder lebendig wird.

#### Aus Kunst und Leben.

Theater und Literatur. Die finanziellen Verhältnisse an den städtischen Frankfurter Theatern haben sich zu Schluß des am 31. Oktober abgelaufenen Geschäftsjahrs dahin geändert, daß die Stadt mit der vollen Garantie summe von 502 500 M. zur Deckung des Defizits herangezogen wird. Der über diese Summe hinausgehende Fehlbetrag von etwa 40 000 M. wird dem Garantiefonds der Theatergesellschaft entnommen.

Der Schriftsteller Franz v. Schönhan ist, der „Neuen Freien Presse“ zufolge, heute nacht in Wien gestorben.

„Der letzte Kuh“, ein dreitägiges Schauspiel von Ludwig Börne, errang im Aufspielhaus zu Budapest einen großen Erfolg.

„Christiane“, ein Spiel aus der Goethezeit in drei Akten von Rothar Schmidt, errang im Königberger neuen Schauspielhaus bei der Uraufführung einen freudlichen Erfolg. Der Dichter wurde mehrfach gerufen.

Wissenschaft und Technik. Der nächste Internationale Geologenkongreß wird in Brüssel im Jahre 1917 stattfinden.

Der Botaniker Universitätsprofessor Dr. Ludwig Diele in Marburg ist zum Unterdirektor des Botanischen Gartens und Museums in Berlin-Dahlem als Nachfolger von Geheimrat Professor J. Urban berufen worden.

## Thode-Vorträge.

### IV.

Noch einmal trat Albrecht Dürer 1520 eine Wanderschaft an. Er reiste nach den Niederlanden, jenem Gebiete, das damals als Heimat der Kunst mit Italien rivalisierte durfte, zunächst, um von Karl V., dem neu gewählten jungen Kaiser, sein Leibgedinge sich erneut zu lassen. Den Main abwärts fuhr er nach Frankfurt, dann nach Köln, wo er Meister Stephan Lochers Dombild sich bewundernd anschaut. In Antwerpen erlebte er den Eingang des Kaisers mit; in London weilt er zur Kaiserkrönung und erhielt die Bestätigung seines Ehrentitels. Aber auch er wurde hochgefeiert durch die niederländischen Künstler und blieb dort noch längere Zeit. Eine große Kuntenivierung trat ihm dort entgegen. Er sah zu Genie das Altarwerk Jan van Eycks mit seiner neuen Technik der Ölmalerei. Remigius und Hugo van der Goes' Werke ließ er auf sich wirken. Und ähnliche Verteilungen, wie er selbst sie vertrat, gewahrt er bei den Zeitgenossen. Auch Quentin Matsys hatte bei Schülern Leonardo die neue Kunst kennen gelernt, nur daß der Konflikt in seiner ruhigeren, kontemplativen Natur sich weniger sturmisch äußerte als bei dem gewaltigen Deutschen. Noch energischer, ja fast fanatisch, traten Jan Gossaert, genannt Mabuse, und Bernhard van Orley (dessen Portrait damals Dürer malte) für die südlichen Ideale ein. Persönlich aber lernte Dürer noch Lucas von Leyden kennen, den Meister des Kupferstichs, und den Sonderling Joachim Patinir zu Antwerpen, der zuerst das Landschaftsbild zur selbständigen Kunstsprache erhob. Von fröhlichen Zwecken berichtet das Tagebuch des Künstlers, der mit offenen Augen alles Neue und Interessante aufnahm, in wunderbaren Silberstiftzeichnungen seine Eindrücke niedersetzte, der einmal einen vergleichlichen Ausflug auf der Zürchersee unternahm, um einen gestrandeten Walisch zu sehen, dafür wenigstens das naturgetreue Bild eines Walrosses mitnahm. Mitten unter den kurzen Notizen des Tagebuchs aber treffen wir längere Herzengesänge. Ein Vergleichungsbrief des Künstlers verkündet seine leidenschaftliche Teilnahme am Geschehe Luthers, den er damals für verloren hält. Schon lange hatte er an der großen reformatorischen Bewegung inneren Anteil genommen. Unbestimmt ist es, ob er Luther persönlich kannte, vielleicht hat er ihn 1518 auf dem Augsburger Reichstag gesehen. Sicherlich dankt Luther später dem

Meister für überstandene Gefahren, wohl Proben seiner Kunst, und in einem Briefe an Göbel Hesse berichtet der Reformator hier den Tod seines größten Zeitgenossen. Und Dürers Freundekreis in Nürnberg war Luthers Sache ergeben, so neben Göbel Hesse noch Willibald Pirckheimer, Hieronymus Holzschruber. Mit Melanchthon hat Dürer verehrt, als dieser 1524 in Nürnberg die Schulen organisierte, er hat auch das Porträt des großen Humanisten geschaffen. Damals aber in den Niederlanden glaubte noch Dürer in Erasmus von Rotterdam den Mann zu sehen, der als „Ritter Christi“ (man denkt an eine Schrift des Erasmus vom miles christianus und an Dürers Stich „Ritter, Tod und Teufel“) an Luiberts Stelle treten könnte. Und wie einerseits Dürer selbst so tief von Luthers Gedankenwelt beeinflußt war, so wirkte seine Kunst wieder, wenn auch unbewußt, auf den Reformator zurück, beide trafen sich in der gemeinsamen Aufgabe, das ganze Leben mit den großen religiösen und seelischen Kräften zu durchdringen. In seinen leichten Lebensjahren hat nun Dürer sich rohlos mit theoretischen Studien über seine Kunst beschäftigt. Gleich Leonardo da Vinci drängte es ihn, in einem Buche — es sollte heißen „Speise der Malerknaben“ — sein ganzes Wissen niedergelegen. Es wurde nicht vollendet, wohl aber veröffentlichte er 1521 die „Unterweisung mit Zettel und Röhrchen“, die Lehre des perspektivischen Zeichnens. Und wieder, wie Léonard, mit ähnlicher Universalität schrieb er 1527 seinen „Unterricht zur Befestigung der Städte, Schlösser und Städten“, später noch die „Hoplobidaskalia“, die Anweisung zur Fechtkunst (handschriftlich in Dresden). Seit nach seinem Tode erzählen das große, oft aufgelegte Werk der Proportionslehre. Wo Künstler aber konzentriert sich nun Dürer fast ganz auf das Gebiet der Porträtmalerei, in dem er seine Kunst zu Unerhörtem steigert, in dem er ganz von innen heraus schafft. Der Charakter des Menschen selbst scheint sich uns in diesen gewaltigen Werken unter unseren Augen zu formen, in diesem Augenblick sich das Leben zu bilden. Alles Große seiner Kunst hat er in diese Werke hingezogen, die Bildnisse großer Zeitgenossen: Melanchthon, Friedrichs des Weißen, Pirckheimer, des Erasmus, ferner der Nürnberger Patrizier, des Hieronymus Holzschruber, des Jochs u. a. Am Ende aber seiner Kunst als gewaltigstes Vermächtnis stehen die mächtigen Gestalten der vier Apostel Johannes, Petrus, Paulus und Paulus, Porträts gleichsam und doch Menschenbezüge, denen ein ungeheures Leben aus den Augen spricht, wurgend in der

in ihnen leben. Hinsichtlich der Philippinen riet der Präsident dem Kongreß besonders, stets im Auge zu behalten, daß sie schließlich einmal unabhängig werden sollten.

Der Präsident trat schließlich dafür ein, daß die Regierung in Alaska eine Bahn bau und selbst in Verwaltung nehme, um die wirtschaftlichen Quellen des Landes zu erschließen. Zuletzt empfahl der Präsident den Erlass eines Haftpflichtgesetzes für Arbeitgeber zum Schutze der Eisenbahngesellten und trat dafür ein, daß der Kongreß sich damit befasse, den höchst unsicheren und ungerechten Zuständen abzuhelfen, die gegenwärtig bei der Beschäftigung von Matrosen bestehen.

## Deutsches Reich.

Zum heutigen 75. Geburtstag der Großherzogin Luise von Baden bringt die „Karlsruher Zeitung“ die herzlichsten Glückwünsche des badischen Landes zum Ausdruck; sie erinnert insbesondere daran, daß sie als Tochter Kaiser Wilhelms I. und als Gattin des Großherzogs Friedrich I. Zeugin all der großen vaterländischen Ereignisse in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts gewesen sei.

**Der Bundesrat über die Duellfrage.** Der Bundesrat hat die im vorigen Jahre vom Reichstag beschlossene Resolution zur Duellfrage dem Reichstanzler überwiesen und dazu seinerseits u. a. bemerkt: Die erneute Prüfung der Frage, wie der Zweikampf für das Heer und die Marine weiter eingeschränkt werden könne, hat ergeben, daß die diesbezügliche Kabinettsoorder vom 1. Juni 1897 ihren ausgedrohenen Zweck auf Einschränkung und Verminderung von Zweikämpfen erfüllt und segensreich gewirkt hat. Die in Vorbereitung befindliche Revision des Strafgesetzbuches wird Gelegenheit zur Prüfung der Frage bieten, inwieweit durch die strafrechtliche Behandlung der Beleidigung dem Zweikampf vorgebeugt werden kann.

**Die Besserstellung der Altpensionäre.** Vom Reichsschazamt ist ein Gesetzentwurf über die Erhöhung der Bezüge der Altpensionäre und Althinterbliebenen fertiggestellt, der auch bereits mit den anderen Reichsressorts durchberaten ist. Die Vorlage wird demnächst dem Preußischen Staatsministerium zugehen. Man kann damit rechnen, daß der Entwurf in der zweiten Hälfte des Januar an den Reichstag gelangen wird. Zur Durchführung des Gesetzes sind neue Mittel erforderlich, die, wie offiziös erklärt wird, durch den Reichsatz nicht zur Verfügung gestellt werden könnten, weil es an Deckungsmaterial fehlt. Dafür wird jedenfalls die Novelle zum Totalisatorgebet in Frage kommen, durch die neue Reichseinnahmen aus einer möglichst vollständigen steuerlichen Erfassung der Rennwetten zu erwarten sind.

**Die Frage der badischen Gesandtschaft in München.** Im Staat des Großherzoglichen Hauses, der Justiz und des Auswärtigen wird für die Gesandtschaft in München wiederum der frühere Betrag von 22 100 M. gefordert und dazu erläuternd bemerkt: Für die Gesandtschaft in München, die im Jahre 1908 mit Zustimmung der Landstände als eine auf Staatskosten zu unterhaltende Einrichtung gegründet wurde und für die in dem Staatshaushaltsgesetz 1912/13 die Mittel nur für das Jahr 1912 gewährt worden waren, wurde von Ablauf des Jahres 1912 an der Aufwand mit Rücksicht darauf, daß die Erhaltung der Gesandtschaft als im staatlichen Interesse gelegen erschien, von anderer Seite (nämlich aus der Privatschatulle des Großherzogs) bestreitet. Es soll nun den Landständen Gelegenheit gegeben werden, zu der Frage nochmals Stellung zu nehmen.

**Die braunschweigische Welfenpartei** wird sich, entsprechend dem angekündigten Entschluß, tatsächlich auflösen. Ihr Parteitag in Braunschweig nahm am Sonntag den Antrag auf Auflösung der Partei einstimmig an. Nach den Sabungen ist dieser Beschluß auszuführen, wenn noch ein zweiter Parteitag ihm ebenso beitritt. Dieser letzte Parteitag soll in Wolfenbüttel voraussichtlich im Januar stattfinden. Eine zweite welfische Vereinigung, die Braunschweigische „Landesrechtspartei“, will sich ebenfalls auflösen.

**Zum Streit der Ärzte und Krankenassen.** Das badische Ministerium des Innern hat an die ärztliche Landeszentrale für Baden einen Erlass gerichtet, der interessante Aufschlüsse über die Aussichten gibt, die eine Vermittlung des Reichsamts des Innern im Streit zwischen den Ärzten und den Krankenassen eventuell bieten könnte. Der Erlass lautet: „Bei der Predigt im Ministerium des Innern am 5. November 1913 wurde seitens der dortigen Herren Vertreter an die Großherzogliche Regierung das Erleben gerichtet, bei den Zentralinstanzen des Reichs dahin zu wirken, daß erneut Vermittlungsverhandlungen zwischen den Arztverbänden und den Krankenasserverbänden in die Wege geleitet werden. Inzwischen hat die Regierung sich in diesem Sinne beim Reichsamt des Innern verwandt, und auch wir haben bei einer in den letzten Tagen in Berlin abgehaltenen Versprechung die genannte Reichsbehörde davon verständigen lassen, daß wir im Hinblick auf das Ergebnis der Verhandlungen vom 5. November 1913 in der Lage seien, diese Anregung zu unterstützen. Der Herr Staatssekretär des Innern erklärte hierauf, das Verhältnis zwischen Ärzten und Krankenassen sei in Breußen zurzeit ein derart gespanntes, daß er einen Vermittlungsversuch im jetzigen Zeitpunkt für vollständig aussichtslos halten müsse. Er stehe indes der Anregung nicht etwa grundsätzlich ablehnend gegenüber, sei vielmehr, sobald er die Überzeugung gewinnen könne, daß Vermittlungsverhandlungen wirklich Aussicht auf Erfolg bieten, gern bereit, sich dieser Aufgabe zu unterziehen. Dazu sei aber notwendig, daß er von beiden Seiten um Vermittlung ersucht werde, und daß ihm von den Parteien geeignete Unterlagen für die Vermittlungsverhandlungen gegeben werden; auch müsse er die Bedingung stellen, daß der Reichsverband der Ärzte von der Teil-

nahme an den Verhandlungen nicht ausgeschlossen werde.“ Es hängt danach die Vermittlungstätigkeit des Reichsamts des Innern davon ab, ob bei den streitenden Parteien um eine Vermittlung ersucht. Der „Leipziger Ärzteverband“ hat sich bekanntlich schon dazu bereit erklärt. Anders aber die Krankenasserverbände, die auch heute noch auf dem Standpunkt stehen, daß Einigungsverhandlungen zwecklos seien. Verbaraten sie auf diesem Standpunkt, so wird es also infolge ihrer Weigerung voraussichtlich zu einer Vermittlungstätigkeit des Reichsamts des Innern überhaupt nicht kommen.

**Arbeitslosenversicherung im Bauarbeiterverband.** Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung für seine Mitglieder ist gestern in Hamburg vom außerordentlichen Verbandstag der Bauarbeiter mit 221 gegen 47 Stimmen beschlossen worden.

**Einweihung eines Denkmals für die im Jahre 1813 gefallenen Österreicher.** In dem Orte Paunsdorf bei Leipzig hat Dienstagvormittag in Gegenwart des österreichischen Feldmarschallleutnants Edler v. Staiger und seines Adjutanten, Major König, die Einweihung des zum Andenken an die 1813 gefallenen Österreicher errichteten Kriegerdenkmals stattgefunden. Der Feier wohnten ferner die Herren des österreichisch-ungarischen Konsulats in Leipzig und die städtischen Behörden Leipzigs bei.

**Zur Verhaftung eines russischen Offiziers.** Der am Samstag unter Verdacht der Verleitung zur Spionage in Golup (Westpr.) verhaftete russische Offizier ist der Kommandeur der russischen Grenztruppe in Dobrohn, Oberleutnant Bodzik. Er hatte einen Spionierunteroffizier, den er in Golup kennen gelernt hatte und in Thorn wiedertraf, zu einem gemeinsamen Aufzug nach Bromberg überredet. Hier suchte er den Unteroffizier nach Besuch einiger Wirtschaften zum Verrat militärischer Geheimnisse zu bewegen. Der Unteroffizier wies dies Anstalten zurück und benachrichtigte seinen Truppenteil in Thorn. Der Offizier war indes schon unangefochten über die Grenze gelommen. Als er sich aber am Samstagabend wieder auf preußischem Gebiet zeigte, wurde er festgenommen.

**Noch ein Spionageschlag?** Der in Prostken (Endstation der ostpreußischen Südbahn) beheimatete Kaufmann Helis ist wegen Verrats militärischer Geheimnisse an eine fremde Macht verhaftet und dem Justizgefängnis in Königsberg überliefert. Er steht im Verdacht, mit dem gleichfalls inhaftierten Kaufmann Richter wegen angeblicher Spionage in Verbindung gestanden zu haben.

### Parlamentarisches.

**Die Verhältniswahl zur zweiten badischen Kammer.** Die in der Thronrede angekündigte Deutschtat über die Einführung der Verhältniswahl bei den Wahlen zur zweiten Kammer der Ständeversammlung ist den Landständen gestern zugänglich. Die Regierung kommt in der Deutschtat zu dem Schluß, daß sie gegen die Einführung der Verhältniswahl bei den Wahlen zur zweiten Kammer bestehenden Bedenken zurzeit nicht zu überwinden vermöge und daher davon abschließen müsse, den Ständen dahingehende Vorschläge zu unterbreiten.

**Der Zuwachssteuer-Gesetzentwurf im sächsischen Landtag.** Die zweite sächsische Kammer verbandete in der allgemeinen Vorberatung über den Gesetzentwurf, betreffend die Erhebung der Zuwachssteuer. Der Finanzminister begründete die Vorlage, welche die von dem Reiche seit dem 3. Juli 1913 nicht mehr erhobene Hälfte der Zuwachssteuer nunmehr zugunsten des Staates verwenden will. Der Entwurf läßt für den Staat eine Einnahme von etwa 1½ Millionen Mark erhoffen. Nach längerer Debatte wurde die Vorlage an eine Kommission zur Weiterberatung verwiesen.

**Schon wieder ein Hofsänger.** Gestern begaben sich, wie aus Karlsruhe berichtet wird, die Mitglieder des Landtagssäntuums in das Schloß und das Palais des Prinzen Max, wo sie sich in die ausliegenden Läden einzudehnen. Auch der erste Vizepräsident, der sozialdemokratische Abgeordnete Geiß, zeichnete sich ein.

### Heer und Flotte.

**Eine Abschiedsfeier der Brieftauben für den Herzog von Braunschweig.** Eine Ablösung des Offizierkorps des Husaren-Regiments v. Briesel begibt sich am Donnerstag von Rethenow nach Braunschweig, um dem Herzog Ernst August eine Einladung zum Abschiedessen zu überbringen, das an einem von ihm zu bestimmenden Tage für ihn im Rethenower Offizierskasino gegeben wird.

**Die Loigny-Bouypt-Gedenkfeier.** Wie alljährlich am 2. Dezember, dem Tage der Schlacht bei Loigny-Bouypt, versammelten sich auch gestern in Berlin Offiziere der vierten Kavalleriedivision von 1870/71 zu Ehren des Führers der letzten, des verlorbenen Prinzen Albrecht von Preußen, zu einer Gedächtnisfeier. Die Zahl der am Feldzug teilgenommenen Krieger schwankt von Jahr zu Jahr.

**Ein neues betäubendes Pulver?** Nach einer Meldung der „Dresdner Nachrichten“ soll gegenwärtig ein neu erfundenes betäubendes Pulver für Militärzwecke vom Kriegsministerium geprüft werden, um seine Verwendungsmöglichkeit für den Kriegsfall festzustellen.

## Ausland.

### Österreich-Ungarn.

**Das Regierungsjubiläum des Kaisers.** Wien, 2. Dez. Das 65. Regierungsjubiläum des Kaisers wird im ganzen Lande durch Gottesdienste und sonstige feierliche Veranstaltungen würdig begangen.

**Die Abreise des Königs von Spanien.** Wien, 2. Dez. Der König von Spanien ist heute mittag nach Paris abgereist.

### Italien.

**Die weltliche Herrschaft des Papstes.** Der Papst verzichtet doch nicht ohne weiteres auf die weltliche Herrschaft, wie das gestern in einer römischen Meldung hieß, der „Römischen Volkszeitung“ wird nämlich aus Mailand berichtigend zu dieser Meldung mitgeteilt, daß der heilige Stuhl sich nicht weigerte. Erörterungen darüber zu gestatten, wie es anzusehen sei, um die bunte in der römischen Frage bestehenden Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Aber es müsse ausdrücklich erklärt werden, die

Stellung des Papstes müsse unantastbar, vollständig unabhängig und frei sein. Seine heutige Stellung sei unerträglich. Von einer Verzichtsleistung des Papstes auf die weltliche Herrschaft könne keine Rede sein.

## Luftfahrt.

**Landung eines deutschen Freiballoons in Russland.** Halle (Saale), 8. Dezember. Der Freiballon „Nordhausen“, der am Samstag unter Führung des Bergassessors Liebman zu einer Nachfahrt in Bitterfeld aufgestiegen war und seitdem vermisst wurde, ist nach Mitteilungen des Generalstabs in Warschau in der dortigen Gegend gelandet. Die Luftschiffer werden einstellen bis zur Erledigung der Notfälle.

**Absturz englischer Offiziersflieger.** London, 2. Dez. Bei dem Absturz eines Flugzeuges in der Nähe von Eastchurch wurde heute nachmittag der Kapitän Rutherford getötet. Der Offizier, der ihn begleitete, erlitt leichte Verletzungen. Der Apparat wurde vollständig zerstört. Gestern noch hatte der erste Lord der Admiralität, Winston Churchill, mit Rutherford einen längeren Flug unternommen.

## Wiesbadener Handelskammer.

Wiesbaden, 8. Dezember.

Die heutige 64. Plenarsitzung der Handelskammer Wiesbaden fand unter dem Vorsitz des Präsidenten Sommerzentralschreiber unter Verdacht der Verleitung zur Spionage in Golup (Westpr.) verhaftete russische Offizier ist der Kommandeur der russischen Grenztruppe in Dobrohn, Oberleutnant Bodzik. Er hatte einen Spionierunteroffizier, den er in Golup kennen gelernt hatte und in Thorn wiedertraf, zu einem gemeinsamen Aufzug nach Bromberg überredet. Hier suchte er den Unteroffizier nach Besuch einiger Wirtschaften zum Verrat militärischer Geheimnisse zu bewegen. Der Unteroffizier wies dies Anstalten zurück und benachrichtigte seinen Truppenteil in Thorn. Der Offizier war indes schon unangefochten über die Grenze gelommen. Als er sich aber am Samstagabend wieder auf preußischem Gebiet zeigte, wurde er festgenommen.

Auf Antrag des Magistrats der Stadt Wiesbaden beschließt die Kammer, für das Jahr 1914/15 der Stadt, wie bisher, einen Zufluß von 1000 M. zur städtischen Kaufmännischen Fortbildungsschule zu bewilligen. Gleichzeitig wird beschlossen, die Herren Karl Merz und Anton E. Gradenwitz als Vertreter der Handelskammer im Vorstand der Schule wiederzuzählen.

Dem „Kaufmännischen Verein“ wird für seine Vorlesungen ein Zufluß von 100 M. bewilligt.

Die sehr geringen Beziehungen, welche Handel und Industrie zu den Parlamenten haben und die auf die geringe Vertretung dieser Erwerbszweige in Landtag und Reichstag zurückzuführen sind und als Wirkung den geringen Zufluss von Handel und Industrie auf die Parlamente zur Folge haben, hat die Handelskammer Düsseldorf in einer Denkschrift behandelt, wobei sie auch das Verhalten der Regierungen einer Prüfung unterzieht. Zur Abstellung der Klagen hat die Handelskammer Düsseldorf verschiedene Wünsche geäußert, Vorschläge, die auf eine stärkere Herangehobung der Handelskammern durch Regierung und Parlamente als Auskunftsorgane abzielen. Die Handelskammer Wiesbaden erteilt ihnen ihre Zustimmung und findet es für notwendig, daß die Anträge in der nächsten Plenarsitzung des Deutschen Handelstags zur Beschlussfassung gestellt werden.

Die Handelskammer Wiesbaden spricht sich dagegen aus, daß in dem Patent eingefügt unter Verleugnung des bisherigen Rechts bestimmt wird, daß nicht der erste Anmelder, sondern allein der Erfinder Anspruch auf Erteilung des Patents haben soll. Der vorgeschlagene Rechtsgrund ist nicht berechtigt und angebracht der Organisation der Industriebetriebe nicht durchführbar und wird die Quelle großer Unsicherheit und vieler Streitigkeiten sein. Die Handelskammer spricht sich dagegen aus, daß in dem Patentgesetz abwegende Bestimmungen über die Auseinandersetzung zwischen Erfinder und den als Anmelder einer Erfindung auftretenden Betriebsunternehmern aufgenommen werden. Die Handelskammer verlangt, daß diese Grundzüge über die Auseinandersetzung zwischen Erfinder und Betriebsunternehmer Sache freier Vereinbarung sowie des im Bürgerlichen Gesetzbuch zu regelnden Vertragsrechts ist. Die Handelskammer spricht sich gegen die Einführung des Systems der Einzelprüfung aus, sofern nicht Vorsorge getroffen wird, daß gegen die Entscheidungen der Einzelprüfer zwei Beschwerdeinstanzen geschaffen werden.

Der neue Entwurf eines Gesetzes, betit. Sonntagsruhe, der eine Verkürzung der höchsten Verlaufszeit von 5 auf 3 Stunden für Läden und im Prinzip völlige Sonntagsruhe für den Großhandel vorsieht, wird von der Handelskammer als ungünstig, obwohl er zahlreichen Betrieben nicht unbekümmerte Opfer auferlegen wird. Jedoch erachtet es die Handelskammer für gerecht, daß bei der Durchführung des Gesetzes folgende Wünsche des Kleinhandels berücksichtigt werden: 1. Den beteiligten Geschäftsinhabern ist bei dem Erlass von Ortsstatuten eine Mitwirkung zu gewähren, und zwar in der Form der Abstimmung hinsichtlich der Beschränkungen, Untersuchungen und Erweiterungen der Sonntagsarbeit, sowie über die Lage der Beschäftigungszeit. Dabei ist Vorsorge zu treffen, daß hinsichtlich der Beschränkung der Geschäftsstunde nicht denjenigen Gewerbetreibenden ein Stimmenrecht eingeräumt wird, denen für ihre Geschäftszweige eine Erweiterung zugestanden werden soll. 2. Entsprechend den für die Wochentage geltenden Bestimmungen in § 18c Abs. 1 der G.-O. soll das Recht des Betriebsbediensteten beim Ladenöffnungsantreten Stunden auch für die Sonntage festgesetzt werden, jedoch nur für eine Zeit von höchstens ½ Stunde.

Der Handelsrichter hat unter dem 6. Juni einen Erlass veröffentlicht, in dem er die Befreiungen der Wagnissäntuums in einer Weise erweitert, daß dadurch die Grundsätze der Gewerbefreiheit und Vertragsfreiheit aufgehoben werden. Der Erlass hält die Zulassung zur Bekämpfung des unlauteren Weltbewerbs ihrer Mitglieder auf Grund von § 81a der G.-O. bereit, welcher als Aufgabe der Anning hinstellt: Die Pflege des Gemeinwohls sowie Aufrechterhaltung und Stärkung der Standesbeamten unter den Mitgliedern. Der Erlass kann auf beteiligter Seite zu einem Versuch führen, das Amtstreit vergangener Jahrhunderte mit Hilfe der unbestimmten Begriffe „Gemeinwohl“ und „Standesbeamte“ und durch Annahme einer Maßnahmung in Fragen des unlauteren Weltbewerbs durch Wagnissäntuums (Annungen) wieder einzuführen und damit indirekt den § 100a der G.-O., der zum Schutz der Vertragsfreiheit geschaffen, wieder aufzuheben. Die Handelskammer wird sich gegen solche Verluste wenden, weil sie den Rechtsgrundlagen des modernen Staats, nämlich der Vertragsfreiheit und des freien Weltbewerbs, widerstreitet. Zur Aufführung der be-

## Gerichtsaal.

wb. Ein erdöster Überfall. Weilburg, 2. Dezember. Das Schöffengericht verurteilte den Weintesten Heinz aus Trier, welcher im August d. J. einen Überfall auf seine Person angestellt hatte, um sich die Versicherungssumme anzueignen, zu 6 Wochen Gefängnis.

## Neues aus aller Welt.

Schafennistude statt Doppelkronen. Hamburg, 2. Dezember. In der Hauptstadtstraße wurden in zwei Läufendortrollen, die mit Doppelkronen gefüllt waren, Schafennistude gefunden. Es wurde festgestellt, daß die beiden Rollen von der Steuerfahrt in Baulung gegeben worden waren und daß diese sie von der Fabrik in der Tochterstraße empfangen hat. Ob dort oder an der Fabrik ein Betrug ausgeübt wurde, soll die sofort eingeleitete Untersuchung ergeben.

Siebzehn Verleute verschüttet. Essen (Ruhr), 3. Dezember. Auf dem Platz vor der Gerichtschaft Deutsches Kaiser wurden 6 Verleute durch Gesteinswaffen verschüttet. Einer wurde getötet, die anderen sind lebensgefährlich verletzt.

Ein fassenschwerer Autounfall. Münster (Westfalen), 3. Dezember. Zwischen Holzhausen und Lützen ge ist eine Autodrosche in einen Chauffeuregarten. Die Insassen wurden herausgeschleudert. Der Chauffeur war sofort tot. Die Fahrgäste wurden schwer verletzt.

Ein schwerer Zusammenstoß zwischen Eisenbahn und Straßenbahn. Katowice, 2. Dezember. Heute abend ereignete sich auf der Straße Katowice Königswar ein Zusammenstoß zwischen einem elektrischen Straßenbahnen und einem Güterzug. Der elektrische Wagen wurde von der Lokomotive entworfene und etwa 50 Meter zerstört und zertrümmert. Es befanden sich darin 25 Personen. Durch Glassplitter und Holzstücke wurden drei Personen erheblich verletzt. Die Ursache des Unfalls soll da auf zu niedrige sein, daß die Schranke nicht geschlossen war. Der Bahnhofsvorsteher bestreitet die Schuld und behauptet, daß der Güterzug zu früh den Abgangsort verlassen habe. Von Katowice ging ein Hilfszug ab. Die Aufräumarbeiten dauerten bis in die Nachstunden fort.

Der Diamantendiebstahl im Wiener Opernhaus fand statt. Paris, 3. Dezember. Die verdeckten Dieben, die vor einigen Tagen dem Juwelenbindel im Palais garnieren im "Meininger Hof" sein diesjähriges Winterfest. — Die bissige Turngemeinde bestimmte als Termin für die Aufführung des nächstjährigen Gauturnfestes die Tage vom 4. bis 6. Juli.

## Nassauische Nachrichten.

Der Kircheneinsturz in Hattersheim.

= Hattersheim, 3. Dezember. Zu den bei den Erweiterungsarbeiten der katholischen Pfarrkirche gestern hier vorgenommenen schweren Unfällen ist weiter zu berichten: Es starb die etwa 15 Meter hohe Frontwand ein und begrub etwa zehn Arbeiter unter den Trümmer. Der 45-jährige Maurer Wilhelm Heißler aus Höhenbach wurde sofort getötet; sechs andere Personen, darunter der Bauunternehmer Dr. Bildhardt aus Höhenbach (nicht Lambach), wurden mit schweren inneren und äußeren Verletzungen aus den Trümmern heraustragen. Der Bau wurde von der Firma Gebr. Bildhardt (Höhenbach) ausgeführt. Über die Ursache der Katastrophe läßt sich Sicherheit noch nicht sagen. Man vermutet, daß die fehlende Bitterung, die das Mauerwerk nicht rasch genug austrocknen ließ, den Einsturz verhinderte. Die Verletzten, denen zwei Arzte aus Hattersheim und Sindlingen sowie die Hattersheimer Barmherzigen Schwestern die erste Hilfe leisteten, wurden im Automobil fortgebracht.

wb. Höchst a. M., 3. Dezember. Zu dem neigten Bauunglück in Hattersheim ist noch zu berichten, daß das Befinden der beiden am schwersten verletzten Leute, die im höchsten Krankenhaus liegen, zu Besorgnissen keinen Anlaß gibt. Beide haben schwere innere Verletzungen erlitten, die aber nicht lebensgefährlich sind.

## Das Nüdesheimer Legat.

m. Nüdesheim a. Rh., 2. Dezember. Eine interessante Sache gelangte in der heutigen Stadtverordnetensitzung auf den Tisch des Hauses. Vor langen Jahren, nämlich 1850, vermachte ein Herr Ziegler der Stadt Nüdesheim 400 Gulden, die der Stadt nach dem Tode seiner Frau aufzuladen sollten, was auch 1887 erfolgte. Die Summe betrug mit den Zinsen damals 425 Gulden. Das Geld war für die Armen bestimmt und wurde 1887 auch noch für diese verwendet. Was aber nicht hinderte, daß im nächsten Jahre und allen folgenden Jahren die Summe von 425 Gulden alljährlich wiederlehrte und alljährlich ihre treuliche Verwendung für die Armen fand. Das ging so bis 1911, nur mit dem Unterschied, daß nach Aufhebung des Guldenes der Betrag in dann geltende Münze umgewandelt und eingesetzt wurde. Als die städtische Rechnung nun diesmal geprüft wurde, fanden die Rechnungsprüfer durch einen Zufall den Sachverhalt heraus. Nunmehr stellte die Prüfungskommission heute den Antrag, die Summe von 685 M. als Zieglerisches Legat einzustellen und fernerhin als solches zu verwalten. Die Versammlung schloß sich aber diesem Antrag nicht an, sondern beschloß, daß Legat endgültig zu streichen.

Ordensverleihungen. Weißfahrt Neuner in Hofheim (Taunus) und Staffscher Rüttigen in Niederlahnstein erhielten das Allgemeine Ehrenzeichen in Silber, und Schrankenwärter Vogel in Hörsheim das Allgemeine Ehrenzeichen in Bronze.

S. Hachenburg, 2. Dezember. Die Stadtverordnetenwahl hatte folgendes Resultat: 1. Abteilung: Sattlermeister Gräf; 2. Abteilung: Landesbankdirektor Stahl und Kaufmann Schuhmacher. Alle drei waren bisher schon Stadtverordnete. In der 1. Abteilung findet Stichwahl zwischen Steuerinspektor Maier und Kaufmann Erhard statt. Während in den zwei unteren Abteilungen die Wahl sich ohne Agitation vollzog, hatte die Wahl der 1. Abteilung einen lebhaften Eingesandtausch in der Lokalzeitung herverufen.

## Aus der Umgebung.

Ostpreußische Fremdenlegion.

wb. Gießen, 3. Dezember. Der Sohn des Bauunternehmers Leibmann aus Lohberg, der seit drei Jahren in Paris in Stellung war, schrieb heute seinen Eltern aus Algerien einen Brief, daß er seit dem 1. Oktober in der Fremdenlegion stehe, ohne daß er wisse, wie er dahin gekommen sei. In der selben Kompagnie trug er den vor kurzem aus Weilburg verschwundenen Sohn des Briefträgers Vogelfang, nach dem lange vergeblich gesucht worden war.

wb. Gießen, 3. Dezember. Oberbürgermeister Meicum, der 18 Jahre lang die Geschichte der Stadt geleitet hat, legt sein Amt mit Rücksicht auf seine angegriffene Gesundheit in die Hände der Stadtverordneten zurück. Oberbürgermeister Meicum steht im 57. Lebensjahr. Für Donnerstag ist bereits, wie der "Gießener Anzeiger" erfährt, eine geheime Sitzung der Stadtverordneten einberufen, die über das Nachtrittsgesuch entscheiden wird.

## Die Interpellation über Tabern im Reichstag.

Gießener Drabbericht des "Wiesbadener Tagblatts". # Berlin, 3. Dezember. Im Reichstag machen sich heute die Anzeichen eines großen Tages schon beim Eintritt bemerkbar. Vor dem Hause stehen zahlreiche Reugierige, die vergebens Eintritt begehrten. Im Hause ist bereits vormittags lebhafte Bewegung zu konstatieren. Der Reichskanzler erschien schon zu Beginn der Verhandlungen. Er wird aber erst nach den drei Interpellanten sprechen. Zunächst ergreift das Wort im Namen der Fortschrittlichen Volkspartei der Vertreter des Wahlkreises von Gabern, Herr Röder. Er ist ein einfacher Landwirt, aber seine Worte sind doch recht bemerkenswert. Er sagt, die Gaberner Vorfälle haben unsere nationalen Bestrebungen zerstört und auf Jahre hinaus geschädigt. Die Pressebehörde hat sich völlig ohnmächtig erwiesen. Es hat sich in großer Weise eine Abhängigkeit unseres Landes von Berlin gezeigt. Der Vorgang erinnert an das Wort jenes Abgeordneten, der mit einem Leutnant und zehn Mann den Reichstag hat aus einanderjagen wollen.

Das Recht ist mit Füßen getreten worden durch die Errichtung einer militärischen Willkürherrschaft. Als die Nachricht von der Stichprämie zum ersten Male in der Zeitung stand, da ging ein Schrei der Entrüstung durch das Land. Hätte man damals gleich zugegriffen, dann wäre viel Unglück verhütet worden. Daß der Leutnant v. Horstner den Ausdruck "Wades" geannt hat, geht daraus hervor, daß ein Regimentsbefehl seit längerer Zeit bestand, den Ausdruck nicht zu gebrauchen. Dieser Regimentsbefehl wurde monatlich dreimal verlesen und ist auch schriftlich von Lt. v. Horstner zur Kenntnis genommen worden. Die militärische Dienstbehörde hat sich eben völlig über Recht und Sittlichkeit hinweggesetzt und die Zivilverwaltung terrorisiert. v. Horstner hat sogar die Leute mit der Meldung vor sich treten lassen: Ich bin ein Wader! Wenn der Kriegsminister selbst die Bedeutung des Ausdrucks nicht geannt hat, so liegt darin eine große Weltfreundheit. Der frühere Oberst von Gabern hat die Leute ganz anders behandelt, als der jetzige Oberst von Reuter. Früher hat eine Spannung zwischen der Militär- und Zivilbevölkerung nicht bestanden. Gruß hört man von den Vorfällen am 6. November. An demselben Abend ereignete sich eine Kundgebung, die sich am Freitag wiederholte. Am Samstag kam es dann zu einer Art Aufmarsch. Die jungen Leutnants haben an diesem Tage provozierende Spaziergänge durch die aufgeregte Volksmenge gemacht. Das sind Provokationen, von denen der Gemeinderat in seinem Telegramm an den Statthalter, dem Reichskanzler, den Reichstag und den Kriegsminister sprach. Sie sind bereits am dritten Tage begangen. (Hört! hört!) Am Sonntag, wo Gabern von auswärtigen Zugang erhielt, war Leutnant v. Horstner Offizier vom Dienst und passierte mehrmals die Straßen der Stadt. Schließlich hatte er zu seiner Bedeutung eine Patrouille mit geladenem Gewehr. Da ist es natürlich, wenn man ihm nachtrifft. Am Nachmittag dieses Sonntags erging dann ein anderer Regimentsbefehl, der sämtliche Offiziere und Mannschaften in die Kaserne beorderte. Die Patrouille wurde in alle Wirtschaften geschickt, um die Leute nach der Kaserne zu holen und nur die vier Leutnants, die am Tage vorher die ganzen Reibungen verursacht hatten, blieben auf der Straße. Bis damals konnte man noch alles gut machen, aber die Herren wollten nicht. Die jungen Offiziere zogen durch die

Straßen mit gelösterem Säbel und einer großen Dogge, als wenn sie nur irgend einen Anlaß an den Haaren herbeiführen wollten. Dann kam die Demission des Obersten v. Reuter. Von diesem Augenblick an herrschte Ruhe in der Stadt. Alles atmete auf, aber noch zwei Tagen war der Herr Oberst schon wieder da. Es hieß, General von Daimling sei mit ihm in Berlin gewesen. Das hat auf die Bevölkerung natürlich einen beunruhigenden Eindruck gemacht. Das Vertrauen zur Regierung wurde damit nicht gestärkt. Dann nahmen die Dinge ihren Fortgang. Nicht nur in Elsaß-Lothringen, sondern auch in aldeutschsprachigen Kreisen sind die Dinge so scharf wie möglich genehmigt worden.

Die Bevölkerung von Elsaß-Lothringen fühlt in ihrer überwiegenden Mehrheit deutsch und lehnt jede gewaltsame Änderung des jetzigen Zustandes ab.

Wefall im Hause! Man hält es aber nicht für unbedingt notwendig, daß ewig ein Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich besteht, sondern man begrüßt natürlich eine Annäherung der beiden Länder. Wer die ganze Weitheit der Militärbehörde bestand darin, statt eine Untersuchung gegen Herrn v. Horstner zu eröffnen, nach dem Staatsanwalt zu rufen. Der Leutnant bleibt ungeahndet, nachdem er sich noch durch ein Mühgesind im Manöver lächerlich gemacht hatte.

In diesen Tagen sind ungeheure Gefühlswerte in Elsaß-Lothringen verloren gegangen.

Gegenwärtig spricht der Abgeordnete Peirotes (Soz.).

## Letzte Drahtberichte.

### Zur französischen Kabinettskrise.

\* Paris, 3. Dezember. Als Deschanel in der Kammer erklärte, daß das Gesetz über die Unantastbarkeit der Rente abgelehnt worden sei, entstand auf allen Plätzen ein furchtbarer Vorrat. Alles schrie durcheinander. Von nationalistischer Seite erhob sich Vaillant und schrie laut in den Saal hinein: Nieder mit der dreijährigen Dienstzeit. Barthou und seine Kollegen verließen ruhig ihre Sitze und defilierten in Vaillant vorbei, wobei sie riefen: "Hoch Frankreich". Um 8 Uhr 40 verließen die Minister das Palais Bourbon und begaben sich sofort nach dem Elysée, um zunächst mit dem Präsidenten der Republik zu konferieren. Der Präsident drückte Barthou wiederholz herzlich seinen Dank für seine treue Hilfe aus und nahm schließlich die Demission des Kabinetts an, wobei die Minister gebeten wurden, vorläufig im Amt zu verbleiben. Um 9 Uhr verließen die Minister den Präsidenten und versammelten sich kurz darauf zu einem intimen Diner. Den auf sie wartenden Journalisten gaben sie auf die zahlreichen Fragen nur die einzige Antwort, daß sie gut geäfft hätten und nun verbauen müßten. Heute Vormittag wird der Präsident der Republik Barthou nochmals empfangen, um sich mit ihm noch einmal einnehmend über die augenblickliche Lage zu unterhalten. Alsdann wird Poincaré die Präsidenten des Senats und der Kammer zu sich rufen, um auch mit ihnen die

Lage zu besprechen. Man weiß noch nicht, wer mit der Neubildung des Kabinetts betraut wird, spricht aber bereits von Dumergue, Briand, Pichon und anderen. Die Lage ist jedenfalls noch sehr unübersichtlich und erfordert die ganze Aufmerksamkeit des Präsidenten.

Millerand Barthous Nachfolger?

\* Paris, 8. Dezember. Wie der Korrespondent des Dep. Bureaus Heraus erfuhr, hat der Präsident der Republik noch während der Nacht Briand und Millerand zu sich rufen lassen. Briand weigerte sich, ein neues Ministerium zu bilden, Millerand dagegen soll angenommen haben.

### Der "Lanin" erstaunt über die Intrigen.

wb. Konstantinopel, 3. Dezember. Der "Lanin" wendet sich gegen die russisch-französischen Preßkommentare über die deutsche Militärmmission und äußert sein Erstaunen, daß eine Großmacht wie Russland über diese Frage in solchem Grade erschreckt. Das Blatt führt weiter aus, daß es sich nicht um die Einziehung der Türkei handle. Die Pforte wolle ihre Armee, welche die einzige Garantie bilde, reformieren. Hierzu seien die deutschen Offiziere die geeignetsten, weil sie bereits in der türkischen Armee zu dienen gewohnt seien. Dies sei der einzige Grund der Vorzugung Deutschlands, was weder eine Hinneigung, noch eine Neigung gegenüber der deutschen Politik, höchstens engere Beziehungen mit der deutschen Armee bedeute, nicht aber, daß andere Heere minderwertiger seien als das deutsche.

Die gründliche Reform der türkischen Flotte.

\* Konstantinopel, 3. Dezember. Die ottomanische Regierung hat bekanntlich beschlossen, eine völlige Neugestaltung ihrer Marine vorzunehmen. Sie batte daher die beiden englischen Firmen Armstrong und Vickers gebeten, Delegierte nach Konstantinopel zu schicken, um mit dem Marineminister hierüber zu beraten. Konter-Admiral Ottley erschien im Namen des Hauses Armstrong. Die Verhandlungen nahmen einen guten Verlauf und wurden bereits zu Ende geführt, so daß die offizielle Sonntierung der in den Unterhandlungen gefassten Beschlüsse erfolgen könnte. Der Plan sieht zunächst eine Neuorganisation sämtlicher Arsenale und Schiffsbauanstalten am Goldenen Horn vor und dann die Gründung einer neuen Marinebasis in Izmid.

### Wetterberichte.

#### Beobachtungen in Wiesbaden

von der Wetterstation des Nass. Vereins für Naturkunde.

2. Dezember.	7 Uhr Morgens.	2 Uhr nochmals	8 Uhr abends.	Mittern.
Barometer auf 0° und Normal schwarz	758,4	755,6	754,7	755,6
Barometer auf dem Meeresspiegel	765,9	765,2	765,0	765,9
Thermometer (Celsius)	5,9	8,0	9,1	5,3
Dunstspannung (mm)	6,3	7,4	7,2	7,0
Relative Feuchtigkeit (%)	91	87	84	87,3
Wind-Richtung und -Stärke	SW 2	SW 3	SW 2	-
Niederschlagshöhe (mm)	0,0	0,3	-	-
Höchste Temperatur (Celsius) 25.				Niedrigste Temperatur 5,7.

### Deutsche Seewarte Hamburg.

#### 3. Dezember. 8 Uhr vormittags.

1 = sehr leicht, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark,  
7 = stell., 8 = sturmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm

Beob- achtungs- Station.	Barom.	Wind- richtung und Stärke	Weiter	Therm.	Beob- achtungs- Station.	Barom.	Wind- richtung und Stärke	Weiter	Therm.
Barum	755,4	SW 6	bedeckt	10	Colony	757,7	SW 6	wolig	11
Hamburg	755,4	WSW 7	-	11	Aberdeen	758,9	SSW 5	bedeckt	10
Swinemünde	755,4	WSW 4	Ragan	12	Paris	758,9	SW 6	-	11
Berlin	7,8,6	W 7	bedeckt	13	Vilnas	75,9	SW 6	bedeckt	11
Aachen	7,7,2	SW 4	-	14	Christiansburg	74,9	SW 6	-	10
Hannover	7,7,9	WSW 6	-	15	Kopenhagen	74,9	W 4	Regen	10
Berlin	7,7,2	W 6	-	16	Stockholm	74,9	W-W 4	bedeckt	9
Dresden	7,0,1	W 4	-	17	Taprobana	74,7	SW 2	wolkul.	9
Breslau	7,0,4	SW 3	-	18	Potsdam	74,5	SW 3	-	8
Metz	7,0,2	W 5	-	19	Warschau	74,5	SW 3	-	8
Frankfurt, M.	7,0,4	SW 3	-	20	Wien	74,4	W 4	wolig	11
Karlsruhe, B.	7,0,9	SW 4	-	21	Rom	70,4	N 2	wolkul.	10
München	7,0,1	SW 4	heiter	22	Lorenz	70,8	SW 1	-	9
Leipzig	8,0,1	NW 2	-	23	Uerdorf	70,8	SW 1	-	8
Walesche	7,1,8	SW 5	Ragan	24	Reydarfjord	-	-	-	7

Wettervoraussage für Donnerstag, 4. Dezember,  
von der Meteorologischen Abteilung des Physikal. Vereins zu Frankfurt a. M.

Vorwiegend trüb, zeitweise Niederschläge,  
keine Temperaturänderung, westliche Winde.

### Wasserstand des Rheins

am 3. Dezember:

Bleibrich. Pegel:	2,05	m gegen 2,10	m am gestrigen Vormittag
Casb.	2,45	m	2,51 m
Mainz.	1,33	m	1,38 m



### Formamint-Tabletten

verschaffen die Bakterien in Mund  
und Rachen und gewähren

### Schutz vor Ansteckung

### Für wählerische Esser.

Wer einen empfindlichen Magen hat, ist wählerisch beim Essen; noch vorzüglicher sollte man in der Wahl seiner Speisen nachmittag unter allen Umständen zu meiden, sie wirken selbst bei robusten Naturen störend und schwächend auf die Verdauungsfunktionen, bei empfindlichem Magen aber können sie oft direkt schädlich sein.

Arznei empfehlen hier mit Vorliebe zur Regelung des Stuhlganges und der Verdauung "Calitig" — Californiaer Freigen-Sirup. Dieses milde und angenehme Abführmittel bedient Verstopfung und überwindet prompt und vollständig die Unregelmäßigkeiten des Verdauungsvorganges. Sein reines Aroma sagt selbst dem verlobtesten Geschmack zu, seine Wirkung ist angenehm, natürlich und völlig beschwerdefrei. Auf einen empfindlichen Magen wirkt "Calitig" nur wohltuend ein, und für Kinder ist er das Beste, was man sich denken kann; auch robuste Naturen können nichts Geeigneteres finden, denn seine lindernde Wirkung tut jedem Organismus gut.

In allen Apotheken zu haben, in Originallösungen zu 1 L. 150; extra große Flasche M. 2,50. Zeit: Syr. f. Calitig, 75, Ext. Senn, liqu. 20, Elix. Caryoph. comp. 5.

hessiger, 16,25 M., Gerste, Wetterauer 16 bis 16,50 M., Franken, Pfälzer, Ried 17,50 bis 18 M., Hafer, hessiger, 16 bis 17,25 M., Mais 14,75 bis 14,80 M. Alles per 100 do.

O. Kartoffel zu Frankfurt a. M. vom 3. Dezember. Kartoffeln in Wagenladung 3,50 bis 4 M., im Detail 4,50 bis 5 M. Alles per 100 Kilo.

### Amtliche Notierungen

vom Wiesbadener und Frankfurter Schlachtviehmarkt  
vom 3. Dezember.

Eigene Berichte des Wiesbadener Tagblatts.

Wiesbadener Preise.		Frankfurter Preise.	
ständ.	Zeitl.	gewicht	gewicht
Per 50 kg	Per 100 kg	Per 50 kg	Per 100 kg
45-54	57-60	48-50	57-61
50-56	60-68	51-56	52-57
44-45	78-85	43-46	79-85

Bullen.	
Volll.-ausgewachs.	hochst. Schlachtw.
Volll.-ausgemäst.	schätzbar

Färsen und Kühe.	
Vollfl.-ausgewachs.	hochst. Schlachtw.
Volll.-ausgemäst.	schätzbar
Junge, schlechte, nicht ausgemästete	-
und ältere ausgemästete	-
Md. genährte Ig. u. gut genährte Kl. Kl.	44-45

Kälber.	





<tbl\_r cells="2" ix="5"

Pfd. Sterling	20.40
Franc, 1 Lire, 1 Peseta, 1 Lé	— 80
1 österr. fl. I. G.	2—
1 fl. S. Währ.	1.70
1 österr.-ungar. Krone	— 35
100 fl. dtsch. Konig-Münze	105 fl. Währ.
1 skand. Krone	1.125

# Kursberichte vom 3. Dez. 1913.

Eigene Drahtberichte des Wiesbadener Tagblatts.

## Berliner Börse.

### Div. Bank-Aktien. In %

1/2 Berliner Handelsges.	155.60
1/2 Commerz. u. Disc. II.	107.
1/2 Darmstädter Bank	116.90
1/2 Deutsche Bank	247.50
1/2 Eff. u. Wechsel	112.40
1/2 Disconto-Commandit	188.50
1/2 Dresden Bank	148.75
1/2 Meininger Hyp.-Bank	135.50
1/2 Mittelz. Credithan.	113.75
1/2 Namensab. f. Deutschl.	115.80
1/2 Österl. Kreditanst.	200.10
1/2 Petersgr. Intern. Bk.	203.30
1/2 Reichsbank	137.10
1/2 Schaffh. Bankverein	106.50

### Bahnen und Schiffahrt.

1/2 Canada-Pacific	228.90
1/2 Baltimore und Ohio	93.10
1/2 Deutsche E.-Betr.-G.	107.40
1/2 Hamh.-Am. Paket.	133.90
1/2 Hanse-Dampfschiff.	261.90
1/2 Niederdalibahn	15.25
1/2 Nord., Lloyd	116.80
1/2 Oesterl.-Ung. Staatsb.	—
1/2 Orient. E.-Betr.-G.	—
1/2 Pennsylvania	110.50
1/2 Südd. Eisenbahn-O.	120.70
1/2 Schramm-Eisenb.	124.

### Brauereien.

1/2 Schultheiss	255.75
1/2 Leipz. Bierb. Riebeck	165.
1/2 Wiesbad. Kronenbr.	15.50

### Bau- u. Tiefbohr-Unterschu.

1/2 Actien- und Montierba.	158.75
1/2 Deutsche Erdöl-Oes.	258.
1/2 Gebrüder & König	202.50
1/2 Neue Boden-A.	91.10

### Bergwerks-Unternehmungen.

1/2 Aumetz Friede	156.
1/2 Baroper Walzwerk	129.
1/2 Bochumer Gußstahl	208.50
1/2 Bodenr. Eisenwerke	107.
1/2 Concordia Bergbau	301.50
1/2 Deutsch-Luxemb. B.	132.20
1/2 Donnersmarck B.	340.
1/2 Eisenerwerk Kraft	185.30
1/2 Eisenhütte Thale	218.
1/2 Eschweiler Bergwerk	217.75
1/2 Geisweider Eisenwerk	154.
1/2 Gelunk. Bergwerkss.	177.50
1/2 Harpener Bergbau	174.40
1/2 Hösch-Eisen u. Stahl	302.
1/2 Ilse Bergbau	485.75
1/2 Könige- u. Laurahütte	150.25
1/2 Lauchhammer kom.	178.10
1/2 Leonh.-Brasenkohlen	156.50
1/2 Mannesm.-Röhrenv.	213.50
1/2 Mühle Bergwerkss.	163.50
1/2 Oberchl. Koksw.	226.50
1/2 Phönix-Berg. u. Hütte	233.40
1/2 Rhein.-Nass. Bergw.	222.

### Bergwerks-Aktien.

1/2 Aufmets Friede	156.
1/2 Bad. Anst. u. Soda	558.50
1/2 Bruckner Elektron.	232.20
1/2 Hösch-Eisenwerke	604.
1/2 Milch & Co.	263.50
1/2 Röntgenwerke	190.
1/2 Aug. Wegelin	215.

### Elektrizitätsgesellschaften.

1/2 Akkumulatoren	337.75
1/2 Allgem. Elektr.-Ges.	247.50
1/2 Bergmann Elektr.	125.50
1/2 Deutsch Uebers.-El.	165.80
1/2 El. Untern. Zürich	184.10
1/2 Ges. f. elektr. Untern.	157.90
1/2 Russ. Allg. Elektr.-G.	182.
1/2 Schuckert Elektr.	146.75
1/2 Metallbuk. u. Met.-G.	131.

### Maschinen- u. Metallindustrie.

1/2 Adler Fahrrad.	366.25
1/2 Bremer Vulkan	137.
1/2 Bruscal Maschinen	346.50
1/2 Breuer-M. Höchst/M.	—
1/2 Dörkopp Biecl. M.	327.30
1/2 Federst.-Ind. Cassel	130.
1/2 Gasmotoren Dentz	118.40
1/2 Kromprinz Metallf.	280.
1/2 Ludwig Löwe & Co.	322.
1/2 Franz. Mégui & Co.	130.
1/2 Ornstein & Koppel	165.50
1/2 Rhein. Metallwerk	—
1/2 Rockstr. & Schneider	133.50
1/2 Siles. Emailierwerk	131.
1/2 Ver. D. Nickelwerke	268.
1/2 Wegelein & Hübner	161.25

### Papier- u. Zellstofffabriken.

1/2 Ammonit	156.
1/2 Bödker-B.	129.
1/2 Bochumer Gußstahl	208.50
1/2 Bodenr. Eisenwerke	107.
1/2 Concordia Bergbau	301.50
1/2 Deutsch-Luxemb. B.	132.20
1/2 Donnersmarck B.	340.
1/2 Eisenerwerk Kraft	185.30
1/2 Eisenhütte Thale	218.
1/2 Eschweiler Bergwerk	217.75
1/2 Geisweider Eisenwerk	154.
1/2 Gelunk. Bergwerkss.	177.50
1/2 Harpener Bergbau	174.40
1/2 Hösch-Eisen u. Stahl	302.
1/2 Ilse Bergbau	485.75
1/2 Könige- u. Laurahütte	150.25
1/2 Lauchhammer kom.	178.10
1/2 Leonh.-Brasenkohlen	156.50
1/2 Mannesm.-Röhrenv.	213.50
1/2 Mühle Bergwerkss.	163.50
1/2 Oberchl. Koksw.	226.50
1/2 Phönix-Berg. u. Hütte	233.40
1/2 Rhein.-Nass. Bergw.	222.

### Papier- u. Zellstofffabriken.

1/2 Aumetz Friede	156.
1/2 Ammonit	156.
1/2 Bödker-B.	129.
1/2 Bochumer Gußstahl	208.50
1/2 Bodenr. Eisenwerke	107.
1/2 Concordia Bergbau	301.50
1/2 Deutsch-Luxemb. B.	132.20
1/2 Donnersmarck B.	340.
1/2 Eisenerwerk Kraft	185.30
1/2 Eisenhütte Thale	218.
1/2 Eschweiler Bergwerk	217.75
1/2 Geisweider Eisenwerk	154.
1/2 Gelunk. Bergwerkss.	177.50
1/2 Harpener Bergbau	174.40
1/2 Hösch-Eisen u. Stahl	302.
1/2 Ilse Bergbau	485.75
1/2 Könige- u. Laurahütte	150.25
1/2 Lauchhammer kom.	178.10
1/2 Leonh.-Brasenkohlen	156.50
1/2 Mannesm.-Röhrenv.	213.50
1/2 Mühle Bergwerkss.	163.50
1/2 Oberchl. Koksw.	226.50
1/2 Phönix-Berg. u. Hütte	233.40
1/2 Rhein.-Nass. Bergw.	222.

### Textilindustrie.

1/2 Adm. B.-C. Th.	145.50
1/2 B. C. Th.	145.50
1/2 Bruckner Elektron.	2